

Manuel von Rahden (Hamburg)

Portugiesische Zeitgeschichte: von der Nelkenrevolution bis zum Jahr 1997

Auch nach knapp 25 Jahren ist der Staatsstreich von 1974 noch Dreh- und Angelpunkt der portugiesischen Zeitgeschichte.¹ Dieser Staatsstreich, der eine fast fünfzig Jahre währende Diktatur beendete und die Einrichtung der Demokratie ankündigte, katapultierte am 25. April 1974 das vordem kaum beachtete Portugal schlagartig ins Rampenlicht der Weltöffentlichkeit. Überrascht und oft begeistert registrierten Beobachter, daß die «Bewegung der Streitkräfte», die das Regime gestürzt hatte, nicht den Ausnahmezustand auf unbestimmte Zeit, sondern demokratische Freiheiten ankündigte und die Bevölkerung in Lissabon den Umsturz freudig begrüßte. Das symbolträchtige Bild von in Gewehrläufen steckenden Nelken wurde zur Ikone einer friedlichen «Revolution», die damit einen romantischen Namen — «Nelkenrevolution» — bekam. In den folgenden Monaten wurden fundamentale politische Auseinandersetzungen des 20. Jahrhunderts in Portugal in atemberaubender Geschwindigkeit nachvollzogen. Die Bevölkerung, das Militär und die sich formierenden Parteien begaben sich nach jahrzehntelanger politischer Abstinenz in einen Kampf um die weitere Zukunft des Landes, der in Teilen des Landes Züge einer sozialistischen Revolution annahm. In diesem Zeitraum fand ein grundlegender gesellschaftlich-politischer Wandel in Portugal statt, der wegen seiner internationalen Implikationen das Ausland dazu veranlaßte, auf offiziellem und inoffiziellem Wege Einfluß auszuüben. Die Auseinandersetzungen in Portugal spiegelten die ideologischen Positionen des Ost-West-Konflikts wider. Die strategische Lage des NATO-Mitglieds Portugal und die Bedeutung seiner nun unabhängig werdenden Kolonien ließen seine politische Entwicklung zu einen weltpolitischen «Problemfall» werden. Doch so plötzlich, wie sich die internationale Aufmerksamkeit auf

¹ Erst seit wenigen Jahren behandeln portugiesische Geschichtshandbücher den bis heute kontrovers diskutierten Übergang vom autoritären Regime zur Demokratie und ergänzen damit die vorliegende — oft sehr politische — Literatur und die subjektiven Memoiren durch faktenorientierte Überblicke. Hervorzuheben sind Rosas (1994), Ferreira (1994), Medina (1990) und Reis (1992). Eine umfangreiche Sammlung von Interviews mit Zeitzeugen liefert Avillez (1994). Während die deutsche Historiographie sich noch gar nicht mit dem Thema befaßt hat, gibt es aus dem angelsächsischen Sprachraum zur portugiesischen Zeitgeschichte eine Reihe von Studien verschiedener Disziplinen. Einen umfangreichen Überblick enthält der *Bibliographical Essay* bei Maxwell (1995: 201-217).

das Land gerichtet hatte, wandte sie sich wieder ab, als eine weitere militärische Intervention am 25. November 1975 den revolutionären Prozeß beendete.

Innerhalb von neunzehn Monaten hatte Portugal 1974/75 die Entwicklung vom autoritär regierten Mutterland eines weltweiten Kolonialreiches zu einer beginnenden Demokratie durchlaufen, die mit der langfristigen politischen und wirtschaftlichen Orientierung nach Europa fortgeführt wurde. Trotz schwieriger Ausgangsbedingungen konsolidierte sich die portugiesische Demokratie in der Folgezeit. Mit dem EG-Beitritt von 1986 erfolgte ein wichtiger Schritt der Hinwendung Portugals zu Europa. Nach gut zehn Jahren Mitgliedschaft wird Portugal heute zu jenem Kreis der EU-Mitglieder gezählt, deren Aufnahme in die für 1998 geplante Währungsunion aus finanzpolitischer Sicht möglich erscheint.

Der Niedergang des *Estado Novo*

Marcelo Caetano war seit sechs Jahren Ministerpräsident, als die «Bewegung der Streitkräfte» mit dem Staatsstreich vom 25. April 1974 das von ihm geführte Regime beendete. Sein Versuch, liberale Reformen einzuleiten, ohne den autoritären Staat grundlegend zu demokratisieren, war gescheitert. Dies war jedoch nur der letzte Akt des sich seit den fünfziger Jahren abzeichnenden Niedergangs eines Regimes, das Caetano von seinem Vorgänger António de Oliveira Salazar, der 1968 durch einen Unfall handlungsunfähig geworden war, übernommen hatte. So war es — trotz der kurzlebigen Reformen unter seinem Nachfolger und der Umbenennung des Staates in *Estado Social* — letztlich Salazars *Estado Novo*, der 1974 gestürzt wurde.²

Salazar hatte in seiner fast vierzigjährigen Amtszeit als Finanzminister und Ministerpräsident eine spezifische, auf seine Person zugeschnittene Form eines autoritären Staates errichtet, den selbsternannten «Neuen Staat» — eine Diktatur mit korporativer Verfassung. Der *Estado Novo* war seinem Selbstverständnis nach ein landwirtschaftlicher Staat, der auf den Werten «Gott, Vaterland und Familie» fußte (Rosas 1994: 513). Im *Estado Novo* wurden Präsidentschaftswahlen und Wahlen zur Nationalversammlung abgehalten, wenngleich politische Parteien — außer der «Staatspartei» *União Nacional* — verboten waren und nur kurz vor dem Urnengang oppositionelle Wahlbündnisse gestattet wurden. Diese Sammelbewegungen nutzten jedoch meist nur den Wahlkampf, um ihre Positionen publik zu machen, und zogen dann ihre Kandidaten vor den Wahlen aus Protest gegen zu erwartende Manipulation zurück.

² Zum Niedergang des *Estado Novo* vgl. ausführlich Rosas (1994: 503-563).

Nach dem Zweiten Weltkrieg blieb der von portugiesischen Regimegegnern im Zuge der internationalen Demokratisierungstendenzen erhoffte Sturz Salazars aus. Mit dem Beginn des Ost-West-Gegensatzes erschien den westlichen Ländern eine weitere Unterstützung der antikommunistischen Regime auf der Iberischen Halbinsel wichtiger als die Durchsetzung demokratischer Ideale. 1949 trat Portugal als Gründungsmitglied der NATO bei, 1955 wurde es in die Vereinten Nationen aufgenommen.

Der *Estado Novo* sah sich jedoch in Portugal einer internen Opposition gegenüber, deren Aktionen und Kampagnen er mit Zensur und Repressionswellen, gestützt vor allem auf die Geheimpolizei PIDE, begegnete. Die am stärksten organisierte illegale Opposition war die Kommunistische Partei Portugals (*Partido Comunista Português* — PCP), die jahrzehntelang im Untergrund agierte. Seit 1960 wurde sie von Álvaro Cunhal geführt, der durch seine spektakuläre Gefängnisflucht nach elf Jahren Haft in der Partei als Märtyrer verehrt wurde.

Auch legale Opposition, die sich in sehr eng gesetzten Grenzen entfaltete, vermochte es zeitweilig, das bestehende Regime zu gefährden. So etwa 1958, als der junge General Humberto Delgado bei den Präsidentschaftswahlen gegen den Regimekandidaten antrat und im Wahlkampf trotz staatlicher Einschüchterungsmaßnahmen die Massen begeisterte. Nur massive Wahlfälschungen verhinderten seinen Sieg (Rosas 1994: 528-529). Einige Jahre später wurde Delgado im Exil von der PIDE ermordet. Zum Anwalt der Familie des Generals wurde Mário Soares, der spätere Vorsitzende der Sozialistischen Partei.

Ein Höhepunkt der Bedrohung des *Estado Novo* durch innen- und außenpolitische Krisen war das Jahr 1961. Die Entführung des portugiesischen Passagierschiffs *Santa Maria* durch eine portugiesisch-spanische Befreiungsbewegung verschaffte der Opposition Anfang des Jahres erstmals weltweite Aufmerksamkeit. Im selben Jahr brach in Angola ein Aufstand aus, der den Beginn der portugiesischen Kolonialkriege markierte. Die seit kurzem in den USA amtierende Kennedy-Regierung kündigte an, Portugal in der UNO nicht weiter zu unterstützen, sollte die starre Haltung gegen das Selbstbestimmungsrecht der Kolonialbevölkerung unverändert fortbestehen. In jenem Jahr verlor Portugal außerdem trotz unrealistischer Drohgebärden seine Kolonialgebiete Goa, Damão und Diu an die Indische Union. Nationalistische und anti-kommunistische «Durchhalteparolen» bestimmten fortan Salazars Kolonialpolitik. Der zunächst brutal niedergeschlagene Aufstand in Angola brach in den folgenden Jahren wieder aus, während der Kampf der Befreiungsbewegungen auch in Mosambik und Guinea-Bissau begann.

Auch in Portugal selbst regte sich erneut die Opposition. Eine Gruppe von reformwilligen Militärs der höchsten Ebene um den Verteidigungsminister scheiterte

nur knapp mit einer Verschwörung zum Sturz Salazars. Der Versuch ziviler und militärischer Oppositioneller, von Südportugal aus einen Staatsstreich zu beginnen, wurde im Januar 1962 im Keim erstickt. In der Folgezeit sorgte der Kolonialkrieg anfangs dafür, daß das Militär loyal blieb und die seit Gründung des *Estado Novo* beständig schwelenden Verschwörungen ein vorläufiges Ende fanden. Der Krieg, der später zur Hauptursache des Staatsstreiches werden sollte, verschaffte Salazar zunächst ein Argument für die Forderung nach nationalem Zusammenhalt.

Portugal führte an drei Schauplätzen in Afrika dreizehn Jahre lang Krieg gegen mehrere Befreiungsbewegungen.³ Beeinflußt vom Befreiungskrieg in Algerien (1954-1962) und den Unabhängigkeitsbestrebungen, die sich seit den fünfziger Jahren über den ganzen Kontinent ausbreiteten und bis 1962 zur Unabhängigkeit fast aller afrikanischen Kolonien führten, organisierte sich auch in Angola, Mosambik und Guinea-Bissau der bewaffnete Widerstand gegen die portugiesische Kolonialmacht.

Der Guerrillakampf begann 1961 mit einem blutigen Aufstand in Angola, der größten und rohstoffreichsten portugiesischen «Überseeprovinz». Im südostafrikanischen Mosambik begannen die militärischen Auseinandersetzungen 1964. An allen afrikanischen Kriegsschauplätzen versuchten die portugiesischen Truppen die Kontrolle über wichtige Gebiete dadurch zu erreichen, daß versucht wurde, die dort lebende Bevölkerung dem Einfluß der Guerrilla im Rahmen sogenannter «psycho-sozialer Aktionen» oder durch Umsiedlung zu entziehen.⁴ Andererseits verübten portugiesische Soldaten eine Reihe brutaler Massaker an Zivilisten, die im Verdacht standen, die Guerrilla zu unterstützen. Während eines Englandbesuchs Caetano rief ein Bericht in der *Times* vom 10. Juni 1973 über die Greuelthaten in drei mosambikanischen Dörfern massive Proteste in London hervor.

Die Guerrilla-Aktivitäten in Guinea-Bissau begannen 1963. Amílcar Cabral, der charismatische Anführer des *Partido Africano para a Independência da Guiné e Cabo Verde*, hatte — wie viele andere Führungspersönlichkeiten der Befreiungsbewegungen in den portugiesischen Kolonien — in Lissabon studiert. Seine politischen Ideen des Pan-Afrikanismus und des afrikanischen Sozialismus waren auch außerhalb Guinea-Bissaus von großem Einfluß. Der Guerrillakampf war in dem kleinen Land nicht auf einzelne Regionen beschränkt, so daß der PAIGC von Anfang an im gesamten Territorium mehrere Gebiete unter seiner Kontrolle hielt.

Die steigenden Ausgaben für die Kolonialkriege machten die bis dahin bewußt vermiedene Öffnung der portugiesischen Wirtschaft gegenüber ausländischem Kapital unausweichlich. Dies bedeutete eine Abkehr von den traditionell auf die Kolonien

³ Vgl. zum Kolonialkrieg den umfassenden Überblick bei Sánchez Cervelló (1993: 56-114).

⁴ Zum portugiesischen Heer im Kolonialkrieg vgl. Correia (1994: 121-142).

beschränkten Austauschbeziehungen und von der vorherrschenden staatlichen Gängelung der Industrie. Die stärkere Integration in den Weltmarkt führte in Portugal zu einem Wirtschaftsaufschwung. Zu wichtigen neuen Kapitalquellen wurden außerdem die stark wachsenden Einnahmen aus dem Fremdenverkehr und die Geldsendungen der Emigranten.⁵

Durch die Liberalisierung der portugiesischen Wirtschaft wurden jedoch die Forderungen nach entsprechenden politischen Reformen lauter, da nun die Rückständigkeit der staatlichen Strukturen offensichtlich wurde, welche die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung weiterhin behinderten. Die Möglichkeit eines grundlegenden Umschwungs ergab sich 1968, als Salazar infolge eines Sturzes von einem Stuhl amtsunfähig wurde und ein Nachfolger gesucht werden mußte.⁶ Präsident Tomás ernannte nach Beratung mit vierzig Persönlichkeiten aus Politik, Militär und Finanzen Marcelo Caetano zum Premierminister. Die Wahl Caetanos war Ausdruck des Reformbestrebens von großen Teilen der politischen und wirtschaftlichen Elite. Radikal Antiliberaler, die sogenannten *ultras*, zu denen auch der Staatspräsident zählte, konnten sich dieser Nominierung nicht widersetzen, drohten jedoch mit einer Intervention des Militärs, falls die Fortsetzung des Kolonialkrieges in Frage gestellt würde.

Zu Beginn der Regierungszeit Caetanos wurden eine Reihe von Reformen durchgeführt, wodurch für den Zeitraum von 1968 bis 1971 die Bezeichnung «Lissabonner Frühling» bekannt wurde. Umbenennungen von staatlichen Organen — angefangen mit der Bezeichnung *Estado Social* — unterstrichen die Reformbestrebungen Caetanos. Caetano ließ den prominenten Oppositionspolitiker Mário Soares aus der Verbannung auf der Insel São Tomé und den Bischof von Porto aus dem Exil zurückkehren. Die Macht der Geheimpolizei PIDE wurde eingeschränkt und die Zensur spürbar gelockert. Den staatlichen Gewerkschaften wurde Autonomie bei der Wahl ihrer Leitungen zugestanden. Durch die Wahlen von 1969, bei denen erstmals auch alle volljährigen Frauen wählen durften, gelangte mit der *ala liberal* ein «liberaler Flügel» von progressiven Politikern, die kurz zuvor als Unabhängige in die Liste der «Staatspartei» aufgenommen worden waren, in die Nationalversammlung. Die in zwei Lager gesplante Opposition zog bei dieser Wahl ihre Kandidaten nicht wie üblich aus Protest gegen Manipulation kurzfristig zurück, erreichte jedoch zusammen nur 12 % der Stimmen.

⁵ Zwischen 1960 und 1970 verließen über eine Million Portugiesen das Land, um in Frankreich, Deutschland und in den Benelux-Staaten Arbeit zu suchen. Vielfach waren es junge Männer, die vor dem Militärdienst im Kolonialkrieg flüchteten.

⁶ Geistig verwirrt starb Salazar 1970 in der Überzeugung, noch Premierminister zu sein.

Caetanos Reformpolitik, die er unter das Motto «Entwicklung in Kontinuität» stellte, führte jedoch weder zu einer tatsächlichen Demokratisierung noch zu einer Neuorientierung in der Kolonialpolitik (Rosas 1994: 548). Denn es ging ihm um eine Verbesserung des von ihm mitgestalteten Systems — nicht um ein neues Regime. Caetano hatte zu Beginn seiner schnellen Karriere im *Estado Novo* politisch noch rechts von Salazar gestanden. Auch seine spätere Kritik am *Salazarismo* bewegte sich innerhalb der anti-liberalen ideologischen Grenzen jenes Regimes, das sich durch eine «koloniale Bestimmung» definierte. Als nach einer anfänglichen Aufbruchsstimmung, die auch einen Teil der Opposition erfaßt hatte, deutlich wurde, daß der Kolonialkrieg weitergeführt würde und daß sich am grundsätzlichen Charakter des Regimes nichts ändern würde, wuchs der öffentliche Protest erneut.⁷ Dieser äußerte sich zunächst in noch nicht dagewesenem Ausmaß an den Universitäten, die unter dem Einfluß der Pariser Protestbewegung vom Mai 1968 standen. Etwas später begann eine Streikwelle unter Industriearbeitern und Angestellten. Aufgrund der liberaleren Gesetzgebung hatten sich in den staatlichen Gewerkschaften Vertreter der linken Opposition etablieren können, so daß sich Caetanos Konzessionen an die Arbeiterschaft letztlich als kontraproduktiv für das Regime herausstellten.

Unter dem Druck der *ultras* wurde der «Lissabonner Frühling» Anfang der siebziger Jahre beendet. Caetanos Unterstützung der Wiederwahl des ultrarechten Präsidenten Tomás war ein deutliches Zeichen für die vollzogene Kurskorrektur. Während einer Verfassungsrevision 1971 konnten die Vertreter der *ala liberal* in der Nationalversammlung keines ihrer Projekte durchsetzen. Neue Gesetze und polizeiliche Repression unterdrückten den Protest in Gewerkschaften und Universitäten. Die Auseinandersetzungen eskalierten durch das härtere Vorgehen der Polizeikräfte, denen nun radikale Gruppierungen gegenüberstanden, die im Kampf gegen das Regime Waffen und Bomben einsetzten. Als 1973 zunächst Francisco Sá Carneiro und kurz darauf der größte Teil der anderen Vertreter der *ala liberal* ihren Sitz in der Nationalversammlung aufgaben, fanden schließlich die Hoffnungen auf eine Reformfähigkeit des Regimes ein Ende.

In seinem Bestreben, den progressiven wie den konservativen Kräften entgegenzukommen, manövrierte Marcelo Caetano das Regime in eine Sackgasse. Am Anfang der siebziger Jahre wurde Caetano von der politischen Rechten und Linken mißtraut, und er war nicht in der Lage, eine politische Lösung für das militärisch unlösbare Problem des Kolonialkriegs herbeizuführen. Es mangelte ihm an Autorität, um die ideologische Blockade zu durchbrechen, die darin bestand, daß er unter dem Druck

⁷ Ein wichtiges Argument des Regimes für das Festhalten an den Kolonien wurde die seit den sechziger Jahren stark anwachsende Zahl von dort lebenden Portugiesen. 1974 waren es ca. 600 000 (Rosas 1994: 548).

der *ultras* den Kolonien nicht jene Freiheiten gewähren konnte, die im Mutterland von der linken Opposition gefordert wurden. Ein Ausstieg aus dem zunehmend perspektivlosen kolonialen Engagement wurde dadurch unmöglich.

Die Chancen für eine alternative Entwicklung des *Estado Novo* wurden 1958 und 1961 vertan, als eine politische Beteiligung der Opposition noch möglich gewesen wäre und der langwierige und blutige Kolonialkrieg hätte verhindert werden können (Rosas 1994: 558). Als Anfang der siebziger Jahre niemand mehr an einen regime-internen Ausweg aus der festgefahrenen Situation glaubte, entschloß sich ein Zweckbündnis von Generälen und jungen Offizieren, die eine große zivile Opposition hinter sich wußten, einzuschreiten.

Der Weg zum Staatsstreich

Der Sturz des vier Jahrzehnte herrschenden Regimes durch die «Bewegung der Streitkräfte» (*Movimento das Forças Armadas* — MFA) vollzog sich innerhalb weniger Stunden und beinahe ohne Widerstand. Es wurde oft behauptet, dieser schnelle Erfolg erkläre sich dadurch, daß das Regime völlig überrascht worden sei. Geheim waren jedoch allenfalls Details und der genaue Zeitpunkt des Staatsstreiches.⁸ Marcelo Caetano war sich der Gefahr eines Umsturzes bewußt, wobei er sowohl einen Putsch von links als auch von seiten der rechten *ultras* im Militär befürchtete. Daß das Regime dann wie ein Kartenhaus zusammenfiel, lag daran, daß sich kaum noch jemand fand, der es hätte stützen wollen.

Während der Regierungszeit Caetanos war die Zukunft des Kolonialkrieges zur Kardinalfrage innerhalb des Militärs und aller politischer Gruppierungen geworden. Unter dem Slogan «Keinen einzigen Soldaten mehr in die Kolonien!» radikalisierte sich der zivile Widerstand und wurde durch junge Wehrpflichtige auch ins Militär weitergetragen. Höhepunkt der öffentlichen Debatte um eine politische Lösung der sogenannten «Überseefrage» war das Buch des stellvertretenden Generalstabschefs António de Spínola, *Portugal e o Futuro*. Als es im Februar 1974 erschien, hatte sich eine 1973 entstandene Protestbewegung junger Offiziere bereits zu einer Verschwörung zum Sturz des herrschenden Regimes entwickelt.

Obwohl Guinea-Bissau mit ca. 600 000 Einwohnern im Vergleich zu Angola und Mosambik wirtschaftlich und von der Größe her bedeutungslos war, wurde diese westafrikanische Kolonie für Portugal zum bedrohlichsten Kriegsschauplatz und zur

⁸ Tatsächlich überrascht von den Ereignissen in Portugal wurden fast alle ausländischen Beobachter. Mário Soares berichtet, daß er am Vortag des Staatsstreichs bei einem Besuch in Bonn erfolglos versucht hatte, seine Gastgeber von der Friedrich-Ebert-Stiftung davon zu überzeugen, daß ein Sturz des Regimes in Portugal unmittelbar bevorstehe (Avillez 1996: 266).

Keimzelle der beiden Linien der militärischen Opposition, die sich getrennt entwickelten und im Staatsstreich vom 25. April 1974 vereinten: einer Gruppe um General Spínola und einer Gruppe von Hauptleuten, die entscheidend zur Bildung der «Bewegung der Streitkräfte» beitrugen und darin später Führungspositionen innehatten.

Der angesehene Brigadegeneral António de Spínola wurde 1968 angesichts der militärisch prekären Situation als neuer Generalgouverneur und Oberbefehlshaber nach Guinea-Bissau berufen. Durch Entlassungen und Versetzungen inkompetenter Offiziere schuf er sich einige Feinde, beförderte aber andererseits seine Reputation unter den jüngeren Offizieren, deren Mißtrauen gegenüber den Oberen der Militärhierarchie während des Kolonialkrieges beständig gewachsen war.

Unter Spínolas Regie gingen die Bemühungen, die Wirkung der antikolonialen Propaganda der Befreiungsbewegung auf die Bevölkerung zu verringern, viel weiter als in Angola oder Mosambik. Im Rahmen der «psycho-sozialen Aktionen» wurde das Militär in wirtschaftlicher und administrativer Entwicklungsarbeit eingesetzt und die Einbindung der Bevölkerung in politische Entscheidungen in Ansätzen praktiziert.

Parallel zur psychologischen Kriegführung hielt der militärische Anti-Guerrilla-Kampf an.⁹ Spínola versuchte 1972 erfolglos, Marcelo Caetano von der Notwendigkeit einer politischen Lösung des Konflikts zu überzeugen. Der Einfluß der *ultras* auf Caetano, die um jeden Preis einen Präzedenzfall für Mosambik und Angola verhindern wollten, ließen ihm jedoch zur Fortführung des Krieges keine Alternative. 1973 wurde der Führer der Befreiungsbewegung, Amílcar Cabral, unter ungeklärten Umständen ermordet.¹⁰ Unter seinem Nachfolger wurden die Guerrilla-Aktionen verstärkt, wobei der Einsatz neuer Waffen die portugiesische Lufthoheit bedrohte und damit die Lage der portugiesischen Truppen in Guinea-Bissau dramatisch verschlechterte. Im September 1973 erklärte die Befreiungsbewegung die Unabhängigkeit Guinea-Bissaus, die von 86 Ländern trotz der andauernden portugiesischen Präsenz anerkannt wurde. Zu diesem Zeitpunkt drohte der Konflikt sich vom Guerrillakampf in einen offenen Krieg auszuweiten. Im August hatte Spínola in der Überzeugung einer bevorstehenden militärischen Niederlage seine Amtszeit in Guinea-Bissau beendet.

Spínolas kritische Haltung in der «Überseefrage» war zu diesem Zeitpunkt unter anderem über die ausländische Presse in Portugal einer breiten Öffentlichkeit bekannt. Mit Hilfe seiner militärischen und zivilen Unterstützer, den *spinolistas*, hatte

⁹ Von den Guerrillakämpfern wurde Spínolas Vorgehen als «Blut und Lächeln» (*sorrisos e sangue*) bezeichnet (Sánchez Cervelló 1993: 98).

¹⁰ Wie auch bei der Ermordung des Anführers der mosambikanischen Befreiungsbewegung vermutete man die geheime portugiesische Staatspolizei PIDE hinter dem Attentat.

sich der General als Nachfolger des Präsidenten Tomás ins Gespräch gebracht. Er hatte enge Beziehungen zu den beiden größten Wirtschaftskartellen Portugals, der *Compania União Febril* und der Champalimaud-Gruppe, die jene Sektoren der Wirtschaft anführten, für die der Kolonialkrieg in ihrem Streben nach neuen Märkten ein Hemmnis darstellte. Nachdem Spínola 1973 nach Portugal zurückkehrte, beschritt er trotz anhaltender mit ihm in Verbindung gebrachter Putschgerüchte weiterhin den Weg, auf legale Weise in eine Machtposition zu gelangen. Im Januar 1974 wurde er auf den eigens neugeschaffenen Posten des Stellvertretenden Chefs des Obersten Generalstabes berufen. In seinem Vorgesetzten Costa Gomes hatte er einen Verbündeten, der seine militärischen und politischen Ansichten teilte. Obwohl die beiden Generäle am Tag nach dem Staatsstreich vom 25. April die politisch-militärische Führung des Landes übernahmen, hatten sie die Verschwörung weder angeführt noch in ihre Entstehung eingegriffen.

Die «Bewegung der Streitkräfte», die Spínola schließlich durch den Staatsstreich zum Präsidentenamt verhelfen sollte, ging aus der «Bewegung der Hauptleute» (*Movimento dos Capitães*) hervor, die sich zunächst unabhängig von den Generälen entwickelte. Zwar gab es von Anfang an Kontakte zwischen den beiden Strömungen im Militär, sie verbündeten sich jedoch erst Ende 1973.

Zur Gründung der «Bewegung der Hauptleute» trug die Regierung im Juli 1973 indirekt selbst bei. Mit einer Gesetzesverordnung versuchte die Regierung, dem stark gewachsenen Mangel an Berufsoffizieren, die den Stammkader des Heeres stellten, zu begegnen. Die Neuregelung sollte wehrpflichtigen Offizieren und ehemals wehrpflichtigen «Zeitoffizieren» den Übergang zum Stammkader erleichtern. Es sollte ihnen nach einem kurzen Lehrgang an der Militärakademie ihr bereits geleisteter Dienst und der erlangte Rang bei der weiteren Beförderung innerhalb des professionellen Kadern angerechnet werden.

Die Bekanntgabe der Gesetzesverordnung löste unter den Berufsoffizieren des Heeres eine Welle der Entrüstung aus. Sie empfanden die Gleichstellung ihrer regulären Kadettenausbildung mit einem zweisemestrigen Kurs als Geringschätzung und sahen sich plötzlich innerhalb ihrer militärischen Karriere, die einem strengen Anciennitätsprinzip folgte, der Konkurrenz von ehemaligen Wehrpflichtigen ausgesetzt, die allein aufgrund der neuen Gesetzgebung einen Karrierevorsprung von mehreren Jahren erlangt hätten.

Dadurch, daß die professionellen Interessen der Hauptleute in dieser Weise berührt wurden, begann sich die bis dahin im Heer nur punktuell zum Ausdruck gekommene allgemeine Kritik an der Militär- und Kolonialpolitik zu bündeln und zu

organisieren.¹¹ Die Verbitterung unter den kriegsmüden Hauptleuten war besonders groß, da sie sich als Hauptleidtragende einer verfehlten Kolonialpolitik sahen. Die mehrfach für zwei Jahre in Afrika stationierten Hauptleute des Stammkadets trugen als Kompanieführer einen Großteil der operativen Verantwortung bei den Kampfhandlungen im Landesinnern, während ihre Vorgesetzten in den Städten oder in Portugal Schreibtischdienst nachgingen.¹² Hinzu kam der Zweifel unter vielen Offizieren, ob sie in den vielen Kriegsjahren für eine gerechte Sache gekämpft hatten. Im Rahmen der psychologischen Kriegführung beschäftigten sie sich mit den Bedürfnissen der lokalen Bevölkerung, und es wurde vielen der eklatante Widerspruch zwischen der Realität in den Kolonien und der Propaganda des portugiesischen Regimes deutlich, derzufolge die Guerrilleros vom Ausland gesteuerte Terroristen wären, die gegen den Willen der Bevölkerung handelten.

Im September 1973 organisierte eine kleine Gruppe um die Hauptleute Diniz de Almeida und Vasco Lourenço die erste geheime Versammlung. Dabei wurde von 140 anwesenden Hauptleuten der *Movimento dos Capitães* gegründet. In den folgenden Wochen verstärkte der *Movimento dos Capitães* die Verbindungen zwischen den Gruppen in den Kolonien und im Mutterland durch persönliche Treffen und Rundschreiben und kontaktierte auch die Generäle Costa Gomes und Spínola. Was die Gruppe um Spínola und die jungen Hauptleute verband, war die Sorge um ihren Berufsstand. Sie befürchteten, für die von ihnen als wahrscheinlich angesehene Niederlage verantwortlich gemacht zu werden, wie auch bereits 1961 die «Schuld» für den Verlust Goas den kapitulierenden Verteidigern angelastet worden war.

Trotz der endgültigen Aufhebung der umstrittenen Gesetzesverordnung im Dezember 1973, die zusätzlich von einer Solderhöhung begleitet wurde, hielten größere Versammlungen und geheime Treffen an. Die Bewegung begann nun, mehr Gewicht auf die allgemeinen, nicht karrierespezifischen Forderungen zu legen. Gegen Ende des Jahres 1973 setzte sich ein harter Kern von Aktiven, die von Beginn an ein entschiedenes Vorgehen gegen die Regierung favorisiert hatten, innerhalb der Bewegung gegenüber den Konservativeren und Unentschlossenen durch. Den Hauptleuten schlossen sich einige Offiziere höherer Dienstgrade an, darunter Oberst Vasco Gonçalves und die Majore Vítor Alves und Melo Antunes, deren politische Erfahrungen und Kontakte zur linken Opposition die Bewegung entscheidend

¹¹ Detaillierte Beschreibungen und viele Dokumente zu den Anfängen der «Bewegung der Hauptleute» und deren Entwicklung zum MFA liefern die zwei Mitbegründer der Bewegung Diniz de Almeida und Otelo Saraiva de Carvalho; vgl. Almeida (1977) und Carvalho (1977).

¹² Es wurde im militärischen Sprachgebrauch üblich, zwischen dem «Dienst im Busch» (*mato*) und dem «Dienst mit Klimaanlage» (*ar condicionado*) zu unterscheiden. Besonders geringgeschätzt wurde die Riege der höchsten Generäle, die sogenannte «Rheumabrigade» (Almeida 1977: 40).

beeinflußten. Die Forderung nach Beendigung des Kolonialkrieges wurde nun deutlich mit der Notwendigkeit der Einführung eines demokratischen Regimes verbunden.

Im Februar 1974 erschien Spínolas Buch *Portugal e o Futuro*, von dem in kürzester Zeit über 200 000 Exemplare verkauft und Auszüge in der Presse veröffentlicht wurden. Spínola vertrat in dem Buch seine bereits bekannte Auffassung, daß die «Überseefrage» nur auf politischem und nicht auf militärischem Wege gelöst werden könne, und plädierte für die Gründung einer «lusitanischen Staatengemeinschaft» mit föderaler Struktur.¹³ Marcelo Caetano war durch die große öffentliche Resonanz, die das Buch hatte, verunsichert. Er bot sowohl gegenüber Spínola und Costa Gomes als auch gegenüber dem Staatspräsidenten seinen Rücktritt an. Beide Seiten lehnten dies jedoch ab. Um die politische Initiative wiederzuerlangen, ließ Caetano seine Kolonialpolitik von der Nationalversammlung bestätigen und berief am 14. März die ranghöchsten Generäle Portugals zu einer Zeremonie zu sich, bei der diese eine feierliche Loyalitätserklärung leisten mußten. Das Fernbleiben Spínolas und Costa Gomes' von der Versammlung hatte ihre umgehende Entlassung als Chefs des Obersten Generalstabs und damit den endgültigen Bruch zwischen ihnen und dem Regime zur Folge.

Die Entlassung der beiden Generäle sowie die Festnahme von vier der Bewegung zugehörigen Offizieren kurz darauf führten dazu, daß sich einige Spínola nahestehende Offiziere über einen bestehenden Plan, der Regierung Ende März ein Ultimatum zu stellen, hinwegsetzten und am 16. März einen hastig geplanten Staatsstreich vorantrieben. Dieser Versuch scheiterte im Ansatz, da er schlecht organisiert war, viele Offiziere der Bewegung nicht informiert waren und die Kommunikation zwischen den einzelnen Einheiten nicht funktionierte. Die Regierung bestrafte die festgenommenen Offiziere nur geringfügig. Sie bemühte sich, den Aufstand herunterzuspielen und ihn einzelnen, vom Ausland gelenkten Aufständern anzulasten. Der fehlgeschlagene Putschversuch verhalf den Verschwörern allerdings ungewollt zu einer «Generalprobe» und führte dazu, daß sich die Regierung nach seiner NiederSchlagung in falscher Sicherheit wog.

Das weitere Vorgehen der Bewegung wurde nun straffer organisiert. Major Otelo Saraiva de Carvalho arbeitete einen detaillierten militärischen Einsatzplan für den Staatsstreich aus.¹⁴ Unter der Führung von Melo Antunes und Vítor Alves wurde ein politisches Programm verfaßt, das die kurz- und mittelfristigen Maßnahmen enthielt, die eine einzusetzende *Junta* nach dem Staatsstreich ergreifen würde. In dem Programm wurden als allgemeine Ziele die Demokratisierung des Landes und die

¹³ Vgl. Spínola (1974: 163).

¹⁴ Ein Faksimile des Plans liefert Carvalho (1977: 553-578).

nicht-militärische Lösung des «Überseeproblems» genannt. Costa Gomes und Spínola wurden kontaktiert und willigten ein, die vorgesehene *Junta* zu leiten. Spínola nahm durch Änderungsvorschläge Einfluß auf die definitive Version des Programms. Er kritisierte besonders Passagen, die ihm nicht «nüchtern» und «militärisch» genug erschienen und einen deutlich progressiven politischen Standpunkt der Verfasser erkennen ließen (Carvalho 1977: 339-340). Fünf weitere hochrangige Militärs erklärten sich wenige Tage vor dem Staatsstreich dazu bereit, der *Junta* anzugehören. Weder Spínola noch die anderen *Junta*-Mitglieder wurden jedoch in die Ausführung des Staatsstreichs einbezogen. Sie blieben zu Hause und warteten auf ihren Einsatz im Erfolgsfall.

Am 25. April, um 0 Uhr 20, erklang in einem katholischen Radiosender das von der Zensur verbotene Lied *Grândola Vila Morena*.¹⁵ Es war das vereinbarte Signal dafür, daß der Staatsstreich unumkehrbar in Gang gesetzt worden war. In den folgenden Stunden wurden in ganz Portugal Kommandanten militärischer Einheiten von aufständischen Offizieren festgenommen.¹⁶ Nicht eingeweihte Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften wurden aufgeklärt, die überwiegende Mehrheit schloß sich spontan der Bewegung an. Bis zum frühen Morgen besetzten Spezialkommandos die militärischen Hauptquartiere von Lissabon und Porto, Fernseh- und Radiosender und weitere strategisch wichtige Punkte. Gegen 4 Uhr 30 meldeten sich die Aufständischen als «Bewegung der Streitkräfte» (MFA) mit einem ersten Kommuniqué im Radio zu Wort. Im Verlauf des Tages folgten weitere Kommuniqués, die schrittweise Informationen zum politischen Hintergrund des Staatsstreichs verbreiteten. Die von einem Krisenstab des Heeresministeriums ergriffenen Gegenmaßnahmen scheiterten, da die wenigen Einheiten, die zur Verteidigung des Regimes ausrückten, größtenteils zu den aufständischen Truppen, die zunächst in der Minderheit und waffentechnisch unterlegen waren, überliefen.

Die meisten Aktionen wurden planmäßig ausgeführt, unvorhergesehen war jedoch die Flucht Marcelo Caetano und einiger Minister in eine Kaserne in der Innenstadt Lissabons. Am Vormittag wurde die Kaserne von aufständischen Einheiten umzingelt. Auf dem Weg dorthin wurden sie von Bevölkerungsmassen begleitet, die sich über die Radioansagen des MFA hinwegsetzt hatten, in die Stadtmitte Lissabons geströmt waren und dort die Aufständischen feierten. Die euphorischen Zivilisten, von denen einige die fahrenden Panzer bestiegen, und vor allem die in Gewehrläufen steckenden roten und weißen Nelken, die den Soldaten von Straßenverkäuferinnen überreicht

¹⁵ Es handelt sich um ein Lied des Protestsängers José Afonso, in dem von Brüderlichkeit, Gleichheit und Herrschaft des Volkes die Rede ist.

¹⁶ Der Verlauf des Staatsstreichs ist detailliert beschrieben bei Carvalho (1977: 370-486).

wurden, prägten am folgenden Tag überall auf der Welt das Bild von der friedlichen «Nelkenrevolution».¹⁷

Die Gegend um die Kaserne, in der sich der Premierminister, der keinerlei Maßnahmen zur Abwehr des Staatsstreichs ergriff, verschanzt hatte, wurde am Mittag des 25. April zum Mittelpunkt des Geschehens. Inmitten von Zivilisten, die den kleinen Platz vor der Kaserne füllten und die Soldaten mit Nahrungsmitteln versorgen, versuchte der junge Hauptmann Salgueiro Maia per Megaphon die Kapitulation Caetanos zu erreichen. In den umliegenden Straßen gingen vereinzelt regierungstreue Einheiten in Stellung und teilten dem Krisenstab per Funk ihre Ratlosigkeit mit. Da Caetano sich trotz der Warnschüsse in die Fenster weigerte, sich einem einfachen Hauptmann zu ergeben, zogen sich die Verhandlungen über mehrere Stunden hin, bis schließlich der herbeigerufene Spínola erschien und am Abend die Kapitulation entgegennahm.¹⁸ Caetano wurde in einem Panzerwagen, der ihn vor der aufgebrachten Menge schützte, fortgebracht. Am nächsten Morgen brachte ein Flugzeug ihn und den Präsidenten Tomás auf die Insel Madeira, von wo sie einige Zeit später ins brasilianische Exil gingen.

In der Nacht zum 26. April präsentierte sich die *Junta*, die unmittelbar davor Spínola zu ihrem Vorsitzenden ernannt hat, im Fernsehen als oberstes Exekutivorgan. Zur gleichen Zeit leisteten im Zentrum Lissabons PIDE-Angehörige vom belagerten Hauptquartier der Geheimpolizei aus Widerstand gegen die sie umzingelnden Soldaten und Zivilisten. Durch die Schüsse in die dort versammelte Menge kam es zu den einzigen vier Toten und 45 Verletzten des Staatsstreichs. Als letzte Institution des alten Regimes ergab sich die PIDE erst am Morgen des 26. April, woraufhin mit der Befreiung aller politischen Inhaftierten des Gefängnisses in Caxias begonnen wurde. Es folgten drei Wochen friedlicher Anarchie, da die alte Staatsmacht über Nacht zerfallen war und die neue sich noch nicht konstituiert hatte.

Der revolutionäre Prozeß 1974-1975

Bereits in der Nacht des erfolgreichen Staatsstreichs begann die Auseinandersetzung zwischen der Führung des MFA und Spínola. Diese Rivalität sollte die ersten

¹⁷ Das Lied *Grândola Vila Morena* und die Nelke wurden zu wirksamen Symbolen der portugiesischen «Revolution» und als solche auch schon während des revolutionären Prozesses 1974/75 verwandt.

¹⁸ Die Gründe für Caetanos Passivität am 25. April und das plötzliche Auftauchen Spínolas zur Machtübergabe sind bis heute ungeklärt und bieten Anlaß zu Spekulationen über eine Absprache zwischen den beiden. Der vorzeitige Einsatz Spínolas ermöglichte ihm, von Anfang an die politische Führung des neuen Regimes zu übernehmen. Damit wurde der ursprüngliche Plan des MFA durchkreuzt, den ranghöheren Costa Gomes zum Vorsitzenden der *Junta de Salvação Nacional* zu machen; vgl. Ferreira (1990: 27-29).

Monate der institutionellen Entwicklung des neuen Regimes bestimmen. Das kurzfristige Zweckbündnis begann sich unmittelbar nach dem Staatsstreich über der Frage der Dekolonisierung zu entzweien. Entgegen vorheriger Absprachen über das politische Programm des MFA erzwang Spínola in einer stundenlangen Diskussion die Streichung des Abschnitts, in dem das Selbstbestimmungsrecht der Völker in den Kolonien und die rasche Autonomie dieser Territorien als leitende Prinzipien genannt wurden.

Trotz der Divergenzen mit führenden MFA-Offizieren wurde Spínola von der *Junta de Salvação Nacional* (JSN) zum Staatspräsidenten ernannt und kündigte Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung innerhalb eines Jahres an. Auf institutioneller Ebene versuchte sich Spínola gegenüber dem MFA durch die Zusammensetzung des Staatsrates, der die Funktion eines provisorischen Parlaments übernahm, und dem fast ausschließlich Generäle und MFA-Offiziere angehörten, zu behaupten. Der MFA bildete zudem einen leitenden «Programmkoordinationsschuß», dem unter anderen die Gruppe angehörte, die das MFA-Programm verfaßt hatte (darunter Melo Antunes, Vítor Alves und Vasco Gonçalves).

Während des dreiwöchigen Schwebezustands vor der Konstituierung der staatlichen Organe begannen die bestehenden und sich formierenden zivilen Parteien und Gruppierungen Einfluß auf das Geschehen zu nehmen. Unter den Hunderten von Rednern auf den Kundgebungen am 1. Mai 1974, die in ganz Portugal fast eine Million Menschen in einer Atmosphäre großer Euphorie mobilisierten, befanden sich neben Militärs bereits viele Vertreter der zivilen Opposition gegen das Salazar/Caetano-Regime.¹⁹ Der PCP konnte als einzige der ehemaligen Oppositionsparteien auf eine bestehende Organisationsstruktur zurückgreifen und nutzte den zeitlichen Vorteil, um die spontan entstehenden, selbsternannten Ausschüsse, die an die Stelle der ehemaligen lokalen Regierungen und Verwaltungen traten, mit eigenen Leuten zu besetzen. Die sozialistische Partei (*Partido Socialista* — PS) war noch im Aufbau begriffen. Sie war erst ein Jahr zuvor, von der Friedrich-Ebert-Stiftung unterstützt, im deutschen Bad Münstereiffel gegründet worden.

In den ersten Maiwochen von 1974 erfolgte eine «unkontrollierte Explosion sozialer Forderungen» (Ferreira 1994: 40), die sich durch eine Welle von Streiks in allen Bereichen und durch Häuserbesetzungen äußerte. Selbst der PCP mißbilligte die Streikwellen öffentlich, da er in der ersten provisorischen Regierung mit der Besetzung von zwei Ministerposten Verantwortung übernommen hatte.²⁰

¹⁹ Mit einer ihrer ersten Gesetzesverordnungen hatte die JSN den «Tag der Arbeit» zum nationalen Feiertag erklärt; vgl. Ferreira (1994: 35).

²⁰ Die JSN erlangte schnell diplomatische Anerkennung im Ausland, doch die Regierungsbeteiligung des PCP wurde unter den NATO-Partnerländern mit Befremden aufgenommen.

Bei der Ernennung des Premierministers einer ersten provisorischen Regierung setzte Spínola seinen Kandidaten, den konservativ-liberalen Universitätsprofessor Adelino da Palma Carlos, durch. Im Kampf um die Macht, der zwischen Spínola und dem MFA entbrannte, hatte diese provisorische Regierung jedoch kaum Gewicht. Neben den zwei PCP-Ministern waren in der Regierung der PS, die dem PCP nahestehende *Comissão Democrática Eleitoral*²¹ und die vom ehemaligen *ala liberal*-Politiker Sá Carneiro neugegründete Demokratische Volkspartei (*Partido Popular Democrático* — PPD) vertreten.²² Nicht in der Regierung vertreten war hingegen das ebenfalls 1974 neugegründete Soziale Demokratische Zentrum (*Centro Democrático Social* — CDS). Da der CDS personell zum Teil im alten Regime verwurzelt war, wurde er von seinen politischen Gegnern als Partei der «Reaktion» bezeichnet.

Die portugiesische Parteienlandschaft entstand unter schwierigen Bedingungen und war zunächst davon geprägt, daß die sich im organisatorischen Aufbau befindenden Parteien gleichzeitig ideologische Grundsatzfragen klären, tagespolitische Probleme lösen und Machtpositionen gegenüber konkurrierenden Gruppen taktisch sichern mußten. Eine zusätzliche Herausforderung bereitete ihnen dabei die Agitation rechter und linker Gruppierungen. Zum bereits bestehenden PCP kamen PS, PPD und CDS als größte Parteien hinzu. Diese vier Parteien bestimmten während der Konsolidierungsphase ab 1976 maßgeblich die portugiesische Politik. 1974 lag das Hauptgewicht des politischen Spektrums allerdings sehr weit links. Daher spielten der PPD und der CDS, der als einzige Partei gegenüber dem Ziel einer sozialistischen Gesellschaft Vorbehalte äußerte, während des revolutionären Prozesses eine untergeordnete Rolle.

Im Juli 1974 trat Premierminister Palma Carlos zurück, nachdem er erfolglos versucht hatte, die Macht des MFA einzuschränken. Mit Vasco Gonçalves, dem man große ideologische Nähe zum PCP nachsagte, setzte der MFA seinen ranghöchsten Offizier als neuen Premierminister durch. Außerdem besetzten in der zweiten provisorischen Regierung Offiziere der Bewegung sechs der sechzehn Ministerposten. Nachdem bereits die höchsten Generäle des Militärs entlassen worden waren, begannen «Säuberungen» auch in den übrigen Hierarchiestufen. Einen Bruch der bestehenden Hierarchie bedeutete die Schaffung des «Kontinentalen Operationskommandos» (*Comando Operacional do Continente* — COPCON). Es handelte sich um einen parallelen, speziellen Generalstab, der in Ausnahmesituationen Befehlsgewalt über alle bewaffneten Kräfte des Landes erhalten sollte. Der COPCON war

²¹ *Movimento Democrático Popular / Comissão Democrática Eleitoral*, eine der oppositionellen Sammelbewegungen, die unter dem Caetano-Regime unmittelbar vor Wahlen erlaubt waren.

²² Eine tabellarische Übersicht der Regierungen und Amtsinhaber in Portugal von 1974 bis 1995 steht am Ende dieses Beitrags.

für die Einhaltung der öffentlichen Ordnung zuständig, ihm stand eine permanente Interventionstruppe von ca. 5000 Mann zur Verfügung. Das Kommando wurde Otelô Saraiva de Carvalho übertragen. Spínola glaubte, sich dessen Loyalität sicher sein zu können, da Carvalho in Guinea-Bissau unter seinem Kommando gedient hatte. Anstatt Spínola jedoch einen direkten Zugriff auf Militäreinheiten zu ermöglichen, funktionierte der COPCON unter Otelô Saraiva de Carvalho, der aufgrund seiner charismatischen Wesensart immer mehr zum Volkshelden avancierte, als «bewaffneter Arm des MFA», der zunehmend alle polizeilichen Aufgaben übernahm.

Unter dem Druck des MFA und der Weigerung großer Teile der Streitkräfte, in den Kolonien die Kampfhandlungen fortzuführen, mußte Spínola sich im Juli dem Staatsrat beugen und seine Einwilligung in die Unabhängigkeit der Kolonien verkünden. In Mosambik und Guinea-Bissau waren Verhandlungen bereits weit fortgeschritten, die im August und September durch Abkommen mit den Befreiungsbewegungen abgeschlossen wurden. In seinem Bestreben, den Demokratisierungsprozeß zu kontrollieren und vor allem die Überseepolitik nach seinen föderalistischen Plänen zu gestalten, erlitt Spínola, der immer mehr mit der politischen Rechten in Verbindung gebracht wurde, im Staatsrat eine Reihe von Abstimmungsniederlagen. Ende September versuchte Spínola, durch einen Appell an die «schweigende Mehrheit»²³ in der Bevölkerung die Initiative zurückzuerlangen. Linke Gruppierungen und Anhänger des PCP verhinderten mit Unterstützung des COPCON die geplante Demonstration, die als «konterrevolutionäre Verschwörung» verurteilt wurde. Zwei Tage später hielt Spínola eine Rücktrittsrede, in der er anarchisches Chaos und eine fortschreitende kommunistische Machtübernahme anprangerte. Kurz davor hatte der MFA die drei mit Spínola verbündeten Mitglieder der JSN entlassen. Costa Gomes wurde Nachfolger Spínolas im Präsidentenamt und bestätigte Vasco Gonçalves als Premierminister der nun dritten provisorischen Regierung, an der keine Spínola nahestehenden Minister mehr beteiligt waren.

Der MFA institutionalisierte sich nach Spínolas Rücktritt durch die Schaffung des «Rats der Zwanzig» weiter. Dieser Rat trat an die Stelle des Staatsrats und wurde de facto zum obersten Staatsorgan, während Präsident und Regierung an Gewicht verloren. Es wurde eine Delegiertenversammlung gegründet, die konsultative Funktionen hatte und aus 200 Offizieren bestand. Bei der 5. Abteilung des Obersten Generalstabes (*5.^a Divisão*) wurde eine «Dynamisierungsabteilung» ins Leben gerufen,

²³ Dieser Ausdruck des De Gaulle-Verehrers Spínola ist eines der vielen «importierten» politischen Schlagwörter, die 1974 und 1975 in Portugal verwendet wurden. Eine der ersten populär gewordenen Parolen kam aus Chile: «O povo unido jamais será vencido» («Einig ist das Volk unbesiegbar»).

die sowohl innerhalb der Streitkräfte als auch in der Gesellschaft kulturelle Entwicklungsarbeit leisten, und die oft beschworene «Allianz Volk-MFA» festigen sollte.²⁴

Die politischen Auseinandersetzungen Anfang 1975 drehten sich hauptsächlich um die Wirtschaftspolitik und die Dekolonisierung Angolas. Hierbei spielten bereits die zivilen politischen Kräfte, unter ihnen vor allem der PCP und der PS, eine bedeutende Rolle. Der «Rat der Zwanzig» billigte im Januar das Einheitsgewerkschaftsgesetz, welches zur ersten großen Auseinandersetzung zwischen dem PCP und dem PS führte und in der Folge das Verhältnis zwischen dem PS und dem MFA belastete, da der PS in dem Gesetz die Festschreibung der Kontrolle des bestehenden Dachverbands INTERSINDICAL durch den PCP sah. Innerhalb des MFA bestanden sehr unterschiedliche Standpunkte zur Wirtschaftspolitik, was in der schwierigen Diskussion um den von Major Melo Antunes ausgearbeiteten und im Februar von der Regierung verabschiedeten gemäßigt sozialistischen Wirtschaftsplan zum Ausdruck kam. Dieser sah zwar Verstaatlichungen vor, stand jedoch der Errichtung einer kommunistischen Gesellschaft entgegen. Den Hintergrund für die Zuspitzung der Auseinandersetzungen innerhalb des MFA und zwischen den Parteien bildete die Aussicht auf die für April vorgesehenen Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung und die Wirtschaftskrise. Streiks, vom gesellschaftlichen Druck erzwungene Lohnerhöhungen, Kapitalflucht, abnehmende Tourismuseinnahmen und die weltweite Ölkrise hatten Portugals Wirtschaft seit April 1974 nachhaltig gestört.

Neben Mário Soares, dem Außenminister der ersten drei provisorischen Regierungen, leitete Melo Antunes die schwierigen Verhandlungen über die Unabhängigkeit Angolas, die zur Unterzeichnung des «Abkommens von Alvor» zwischen den drei Unabhängigkeitsbewegungen Angolas und der portugiesischen Regierung am 15. Januar 1975 führten. Die darin vorgesehene friedliche Machtübergabe an die Befreiungsbewegungen scheiterte jedoch an deren gegenseitiger Rivalität. Der daraufhin unter Einfluß des Ost-West-Gegensatzes beginnende Bürgerkrieg in Angola, verschärfte die innenpolitischen Spannungen in Portugal zusätzlich.

Vor diesem Hintergrund versuchte General Spínola am 11. März 1975 durch einen Putschversuch von rechts die Macht zurückzuerlangen. Das Scheitern des Putsches verlor der revolutionären Dynamik in Portugal einen kräftigen Schub. Wegen des unmittelbaren Vorteils, den die linken Kräfte im MFA und die revolutionär orientierten Parteien und Gruppierungen aus dem Scheitern des Putschversuches zogen, ist die

²⁴ Neben Offizieren, Künstlern und Intellektuellen engagierten sich auch viele Studenten in der Aufklärungsarbeit, da der Universitätsbetrieb 1974-1975 praktisch ruhte. Den «Dynamisierungskampagnen» begegnete die traditionell geprägte ländliche Bevölkerung allerdings oft mit großer Skepsis (Gallagher 1983: 206).

Frage nach den Drahtziehern der Aktion bis heute stark umstritten. Anhänger Spínolas vermuteten, der General sei in eine Falle gelockt worden.²⁵

Die Folge des vor laufenden Fernsehkameras fehlgeschlagenen Putsches war, daß Spínola ins spanische Exil flüchten mußte, wo er in den folgenden Monaten im Kontakt mit rechtsradikalen Exil-Gruppierungen stand. Innerhalb des MFA wurden die gemäßigten Tendenzen, die sich bei internen Wahlen und im Wirtschaftsplan von Melo Antunes abgezeichnet hatten, verdrängt. In der Nacht vom 11. März 1975 fand eine spontane Militärversammlung statt, an der auch untere Ränge teilnahmen. Auf dieser sogenannten «wilden Versammlung» (*assembléia selvagem*) wurde eine radikalere Fortführung des revolutionären Prozesses beschlossen. Der am 14. März 1975 eingesetzte Revolutionsrat ersetzte die JSN und den «Rat der Zwanzig». Die Mitglieder dieses Revolutionsrates — der Präsident Costa Gomes, der siebenköpfige Koordinierungsausschuß des MFA, Otelio Saraiva de Carvalho als Befehlshaber des COPCON, die Stabschefs der drei Waffengattungen sowie acht weitere Offiziere — wurden damit zu den effektiven Machhabern im Land. Premierminister wurde wiederum Vasco Gonçalves, der mittlerweile zum General befördert worden war. Die ersten bedeutenden Maßnahmen der neuen Organe waren die sofortige und vollständige Verstaatlichung großer portugiesischer Unternehmen und Banken und die Ankündigung einer Agrarreform.

Während die Institutionalisierung des MFA unter Leitung der Fraktion der Radikalen weiter vollzogen wurde, polarisierte sich auf der zivilen Ebene der Kampf zwischen dem PS und dem PCP. Die Parteipolitik war zu jenem Zeitpunkt extrem personalisiert, so daß sich die Auseinandersetzungen zwischen PS und PCP im öffentlichen Konflikt ihrer populären Parteiführer Soares und Cunhal konzentrierte. Ersterem kam dabei seine gewinnende Rhetorik zugute, mit der er die Flügelkämpfe im PS zu kompensieren vermochte. Bei den am 25. April 1975 abgehaltenen Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung gewann der PS mit deutlichem Vorsprung die größte Anzahl der Sitze, der PCP wurde mit ca. 13 % der Stimmen nach dem PPD nur drittstärkste Kraft. Alle Parteien hatten vor den Wahlen den «MFA-Parteien-Pakt» unterzeichnen müssen, der dem Revolutionsrat und der MFA-Versammlung für eine Übergangszeit von drei bis fünf Jahren eine gleichberechtigte Stellung neben Regierung und Parlament garantierte und vorschrieb, daß der von «revolutionärer Dynamik» vorgegebene «Weg zu einem portugiesischen Sozialismus» in der Verfassung festgeschrieben werden müsse. Die «revolutionäre Dynamik» beschleunigte sich bereits seit März 1975, vor Erlaß der geplanten Gesetze zu den Verstaatlichungen und der Agrarreform, ohne staatliche Steuerung. Unter der Leitung von

²⁵ Vgl. Reis (1994: 28-30).

Einwohnerausschüssen wurden leerstehende Häuser besetzt, viele Unternehmen wurden durch Arbeiterausschüsse selbstverwaltet und im südportugiesischen Alentejo fanden Landbesetzungen statt.²⁶

Das gute Abschneiden der rechts von den Kommunisten stehenden Parteien ermutigte diese, die führende Rolle PCP-naher Militärs und die Vormachtstellung des PCP in den staatlichen Strukturen in Frage zu stellen.²⁷ Im sogenannten «heißen Sommer» 1975 teilte sich Portugal in zwei politisch-gesellschaftliche Blöcke: auf der einen Seite die Mehrheit der Arbeiter im Großraum Lissabon und das Landproletariat des Alentejo unter Führung des PCP und einzelner Gruppen der extremen Linken; auf der anderen Seite die Mehrheit der Mittelschicht und des Kleinbürgertums, Angestellte, Landwirte, Kleinbauern und Arbeiter des nördlichen Portugal unter Führung des PS, unterstützt von der Kirche, dem PPD und dem CDS sowie von rechtsextremen Gruppen. Im Gegensatz zu dem im südportugiesischen Alentejo vorherrschenden Großgrundbesitz war der Landbesitz im Norden in Minifundien aufgesplittert. Die Klein- und Mittelbauern im Norden waren aus Sorge um ihren Besitz im Vergleich zum Landproletariat des Südens sehr empfänglich für antikommunistische Agitation, die dort vor allem von Teilen der katholischen Kirche betrieben wurde.

Es begann ein offener Schlagabtausch zwischen «Revolutionären» und «Konterrevolutionären», zwischen «Demokraten», «Kommunisten» und «Anarchisten». Die Auseinandersetzungen verliefen teilweise gewaltsam, mehrere Parteibüros des PCP in Nordportugal wurden durch Brandsätze verwüstet.

Auch der MFA spaltete sich im «heißen Sommer» 1975 in drei Hauptfraktionen, die sich um führende Offiziere bildeten.²⁸ Die Fraktionen betonten jeweils eines der allgemeinen Prinzipien des MFA. Die radikale Fraktion um Vasco Gonçalves hob die «Anerkennung des sozialistischen Charakters der portugiesischen Revolution» hervor, die Fraktion der «Gemäßigten» um Melo Antunes vertrat den «Weg der pluralistischen Demokratie zum Sozialismus» und die «Populisten» um Otelio Saraiva de Carvalho verteidigten die direkte «Allianz Volk-MFA» und ein «Volksmacht-Konzept». Diese Fraktionen standen in Verbindung mit den verschiedenen Parteien oder Splittergruppen, deren ideologische Divergenzen sie widerspiegeln.

Allerdings wechselten die Allianzen mit den politischen Parteien häufig, und es existierte auch eine große Fluktuation zwischen den militärischen Fraktionen. Die Position einzelner einflußreicher Offiziere ist bis heute unklar. Am deutlichsten zeigte sich die Verbindung der radikalen Fraktion um Vasco Gonçalves mit dem PCP. Die

²⁶ Vgl. Reis (1994: 30).

²⁷ Vgl. Medina (1990: 215-217).

²⁸ In der Literatur zum revolutionären Prozeß haben sich die Bezeichnungen «Gemäßigte», «Radikale» und «Populisten» für die Tendenzen innerhalb des MFA durchgesetzt.

meisten MFA-Offiziere gelangten überhaupt erst mit dem Fortschreiten der Ereignisse zu ihren politischen Überzeugungen. Beteiligte und Beobachter maßen im Zuge der zunehmend radikalen ideologischen Auseinandersetzungen im «heißen Sommer» der ideologischen Überzeugung der Hauptleute bei der Genese des Staatsstreichs im nachhinein eine größere Bedeutung zu, als sie tatsächlich besaß. Viele der öffentlich geäußerten politischen Ansichten von MFA-Offizieren können als «post hoc rationalizations» angesehen werden, hinter denen sich nicht selten politischer Geltungsdrang und Aufstiegswillen verbargen (Wiarda 1989: 132-134). Von den Offizieren, die in Regierung und Militär führende Positionen übernahmen, verfolgte am ehesten General Costa Gomes das Prinzip der Überparteilichkeit; er ließ sich während des revolutionären Prozesses am schwersten einer bestimmten politischen Strömung zuordnen.

Keiner der zivilen oder militärischen Gruppen gelang es, die Lenkung des gesamten revolutionären Prozesses von 1975 in die Hand zu nehmen. Vielmehr existierten in Portugal mehrere Kräffelinien mit wechselnder Wirksamkeit, die sich gegenseitig bekämpften und beeinflussten. Nach Spínolas Rücktritt kontrollierte der MFA zwar die politischen Institutionen, aber nicht die gesamten Streitkräfte. Neben den Radikalen, den Populisten und den Gemäßigten unter den Offizieren existierte eine Mehrheit von politisch indifferenten oder konservativen Offizieren, die besonders nach dem rechten Putschversuch am 11. März 1975 in den Hintergrund traten. Mit dem 11. März wurde der PCP, den viele MFA-Offiziere nach dem Staatsstreich als verdienstesten und glaubwürdigsten Gegner des *Estado Novo* anerkannten, kurzzeitig zur zentralen politischen Kraft. Dennoch gelang es der Allianz aus PCP und Teilen des MFA zu keinem Zeitpunkt, den Revolutionsprozeß völlig in den Griff zu bekommen. Die teilweise spontan entstandenen «Volksmacht-Initiativen» wie Land- und Hausbesetzungen und die Selbstverwaltung von Unternehmen wurden oft nur noch nachträglich legalisiert.

Auch die offizielle und inoffizielle Intervention westlicher Regierungen und Parteien, deren Bedeutung während des revolutionären Prozesses von Kommunisten und linksextremen Parteien häufig betont wurde, war nicht der entscheidende, übergeordnete Faktor. Die Überbetonung von Geheimdienstaktivitäten, Geldspenden und wirtschafts- und außenpolitischen Druck der USA und westeuropäischer Staaten und Parteien vernachlässigt die ausschlaggebenden internen Aspekte des portugiesischen revolutionären Prozesses: das Gefühl wachsender Bedrohung durch die herrschende Disziplinlosigkeit in großen Teilen der Streitkräfte und die Ablehnung des kommunistischen Gesellschaftsprojekts nach den mehrmonatigen Erfahrungen mit dem institutionellen Übergewicht des PCP. Die antikommunistische Haltung einer Mehrheit der portugiesischen Bevölkerung war zum Teil durch die jahrzehntelange

Propaganda im alten Regime traditionell verankert, zu einem anderen Teil entstand sie während des revolutionären Prozesses selbst.

Im Mai 1975 begann eine Protestkampagne der Sozialisten gegen den ihrer Meinung nach überproportionalen Einfluß des PCP auf die politische Entwicklung in Portugal. Großes Aufsehen erregte auch im Ausland zwei Wochen später die Besetzung der PS-nahen Zeitung *República* durch den Arbeiterausschuß ihrer Drucker und Setzer, die den Kampf der verschiedenen Lager um den Einfluß auf die Massenmedien verdeutlichte. Mário Soares und die anderen Minister des PS verließen aus Protest gegen die *República*-Besetzung die vierte provisorische Regierung, es folgten ihnen eine Woche später die Minister des PPD. Auf Großdemonstrationen in Porto und Lissabon Ende Juli 1975 forderte Mário Soares den Rücktritt des Premierministers Vasco Gonçalves.

Der PS hatte den «Fall *República*» zum Symbol seines Machtkampfes gegen den PCP gemacht und dazu genutzt, im Ausland verstärkt um Unterstützung zu werben. Das durch persönliche Kontakte von Mário Soares aufgebaute gute Verhältnis zwischen dem PS und sozialdemokratischen Parteien Europas hatte von Anfang an dafür gesorgt, daß die westeuropäischen Regierungen eine deutlich optimistischere Haltung gegenüber den Ereignissen in Portugal zeigten als der amerikanische Außenminister Henry Kissinger, der in Portugal die Entstehung eines «europäischen Kubas» befürchtete. Der PCP dagegen war von den kommunistischen Parteien Westeuropas isoliert, weil die von Álvaro Cunhal verfolgte Parteilinie der demokratischen Orientierung des Eurokommunismus widersprach. Die langen Jahre der Verfolgung und Illegalität trugen dazu bei, daß der PCP im Gegensatz zu anderen kommunistischen Parteien Europas sektiererische Gewohnheiten und eine theoretisch-dogmatische, stalinistische Linie bis in die siebziger Jahre beibehielt.²⁹

Innerhalb des MFA radikalisierten sich im Verlauf des «heißen Sommers» die Gegensätze zwischen Radikalen und Gemäßigten. Neun gemäßigte MFA-Offiziere um Melo Antunes, Vasco Lourenço und Vítor Alves Militärs veröffentlichten am 7. August das sogenannte «Dokument der Neun» als Reaktion auf die ihrer Ansicht nach demokratiefeindliche Orientierung von Teilen des MFA und auf eine wachsende Disziplinlosigkeit in den unteren Rängen des Militärs. Sie forderten darin eine von den Parteien unabhängige Politik des MFA, der als Garant der politischen Freiheit den Weg zu einem unabhängigen portugiesischen Sozialismus im Rahmen einer pluralistischen Demokratie überwachen sollte. Die «Neun» kritisierten die Regierung unter Vasco Gonçalves scharf und warfen ihr eine dogmatisch leninistische Politik vor.

²⁹ Álvaro Cunhal war 1968 der einzige westeuropäische Kommunistenführer, der die Invasion der CSSR durch Truppen des Warschauer Pakts billigte (Eisfeld 1984: 58).

Nach anfänglichem Zickzackkurs schloß sich Präsident Costa Gomes der Kritik der «Neun» an und beauftragte den Generalstabschef der Marine, Vizeadmiral Pinheiro de Azevedo, mit der Bildung einer neuen Regierung.³⁰ Angesichts des politischen Stimmungswandels war Vasco Gonçalves wegen seiner Nähe zum PCP nicht mehr zu halten. Auch Otelo Saraiva de Carvalho hatte sich kurz zuvor von Vasco Gonçalves distanziert. Durch diese taktische Allianz erlangten die Gemäßigten im MFA ein Übergewicht.

Die Verdrängung von Vasco Gonçalves und die Schließung der militärischen Dynamisierungsabteilung führte jedoch zu keiner Beruhigung des politischen Klimas. Innerhalb des MFA stellte sich nun der unberechenbare Otelo Saraiva de Carvalho gegen die Gemäßigten.³¹ Eine zusätzliche Schwierigkeit bedeutete zu diesem Zeitpunkt die Notwendigkeit, Hunderttausende rückkehrender portugiesischer Siedler, die sogenannten *retornados*, in Portugal zu integrieren, die vor dem Bürgerkrieg in Angola flohen und meist ihr gesamtes Hab und Gut zurücklassen mußten.³² Die neue Regierung, in der der PS und der PPD wieder vertreten waren und der PCP nur noch einen Minister stellte, war in sich zerstritten und dadurch in ihrer Handlungsfähigkeit eingeschränkt, auf den Straßen agitierten linksextreme Gruppen, kommunistisch geführte Arbeiterräte und Vereinigungen revolutionärer Soldaten. Radikale, teilweise gewalttätige Protestaktionen in weiten Teilen des Landes schufen die Atmosphäre eines bevorstehenden Bürgerkriegs. Ein gefährlicher Höhepunkt der Proteste war die Belagerung der Verfassungsgebenden Versammlung durch Hunderttausende streikender Bauarbeiter.

Nachdem wenige Tage zuvor die sechste provisorische Regierung wegen des herrschenden Aufruhrs aus Protest die Amtsgeschäfte eingestellt hatte, begann im Morgengrauen des 25. Novembers mit der Besetzung von Luftwaffenstützpunkten durch Fallschirmjäger-Einheiten der Versuch eines linken Staatsstreichs. Die

³⁰ Die wechselnden politischen Allianzen, die Costa Gomes während des gesamten revolutionären Prozesses einging, brachten ihm den Spitznamen «der Korken» (*rolha*) ein, da er politisch immer «obenauf schwamm». Positivere Einschätzungen sprechen ihm die Fähigkeit zu, zwischen den Extremen vermittelt zu haben, wodurch möglicherweise blutige Auseinandersetzungen verhindert wurden (Gallagher 1983: 204).

³¹ Otelo Saraiva de Carvalho, der Stratege des Staatsstreichs und mit Macht ausgestattete «Volkstribun» des «heißen Sommers», wurde zu einer der berühmtesten und umstrittensten Persönlichkeiten der Nelkenrevolution. Er selbst sagte damals von sich, sein Mangel an politischer Vorbildung würde ihn daran hindern, ein «Fidel Castro Europas» zu werden.

³² Mit dem Bürgerkrieg in Angola waren die Pläne des MFA, eine geordnete Dekolonisierung zu überwachen, gescheitert. Am 11. November zog sich Portugal definitiv aus Angola zurück und überließ die Macht «dem angolanschen Volk», ohne eine Regierung offiziell anzuerkennen; gleichzeitig zeichnete sich die Ohnmacht der portugiesischen Kräfte in der Kolonie Ost-Timor ab, die am 7. Dezember 1975 bei einer brutalen Invasion von Indonesien annektiert wurde; vgl. Reis (1994: 40-73).

Fallschirmjäger rechneten mit der Unterstützung durch den COPCON und durch zivile und militärische Anhänger des PCP und linksextremer Gruppen. Die gemäßigten MFA-Offiziere waren jedoch auf die Niederschlagung eines Putschversuches vorbereitet und setzten die bestehenden Pläne in die Tat um.³³ Otelo Saraiva de Carvalho ließ sich im letzten Augenblick dazu bewegen, nicht mit dem COPCON auszurücken, und verbrachte den ganzen Tag im Präsidentenpalast. Auch Álvaro Cunhal forderte die mobilisierten Anhänger des PCP auf, sich aller Aktionen zu enthalten. Ohne großen Widerstand ergaben sich die isolierten aufständischen Einheiten den Regierungstruppen.

Es herrscht bis heute Unklarheit darüber, wie die von vielen Seiten erwarteten blutigen Auseinandersetzungen Ende 1975 verhindert werden konnten. Bislang existieren nur widersprüchliche Angaben darüber, wer am 25. November auf beiden Seiten effektiv das Kommando innehatte. Eine wichtige Rolle wird Costa Gomes zugerechnet, der vermittelnd zwischen den verschiedenen Fraktionen innerhalb des MFA wirkte. Die Niederschlagung des Putschversuches vom 25. November 1975 beendete den 19 Monate andauernden revolutionären Prozeß, da hierdurch die Radikalen innerhalb des MFA entmachtet wurden. Zwar blieb der Revolutionsrat weiterhin bestehen, er verpflichtete sich jedoch nun dem politischen Pluralismus, womit den Parteien die politische Initiative überlassen wurde und der Weg zu Parlamentswahlen am 25. April 1976 frei war.

Die linksextreme politische Bewegung scheiterte mit dem 25. November vollständig, der PCP hingegen wurde von gemäßigten Offizieren des MFA, die den Parteienpluralismus verteidigen wollten, davor bewahrt, ebenfalls verdrängt zu werden, so wie es die konservativeren Militärs der siegreichen Gruppierung forderten. Das Ziel des PCP, eine sozialistische Revolution anzuführen, war nun jedoch nicht mehr erreichbar.

Innerhalb des Militärs schlug das Pendel nach der Radikalisierung im «heißen Sommer» in die Gegenrichtung zurück. Im Zuge einer Entpolitisierung der Streitkräfte kehrten Offiziere in leitende Funktionen zurück, die sich vom Linksruck des MFA nach dem Staatsstreich distanziert oder offen dagegen opponiert hatten. Nach dem 25. November führten Verhandlungen zwischen den Parteien, der gemäßigten Fraktion des MFA und konservativen Vertretern des Militärs dazu, daß nach der Verdrängung der radikalen und der populistischen Fraktion auch die gemäßigte Fraktion des MFA zugunsten der Parteien an politischem Gewicht verlor. Damit wurde langfristig das Ende des gesamten MFA eingeleitet. Rückblickend wurden

³³ Es ist bis heute umstritten, ob die kommunistischen und linksextremen Kräfte zu einem Putschversuch provoziert werden sollten, um damit die notwendig werdenden Gegenmaßnahmen zu rechtfertigen; vgl. Eisfeld (1984: 146-147).

daher die bürgerlichen Parteien zu den wahren Siegern der militärischen Auseinandersetzung des 25. November 1975.

Die Konsolidierung der portugiesischen Demokratie

Ein halbes Jahr nach der Beendigung der revolutionäre Phase durch die Machtverschiebung vom 25. November begann Mitte 1976 mit dem Inkrafttreten der neuen Verfassung und der Amtseinführung von Staatspräsident Ramalho Eanes sowie der ersten konstitutionellen Regierung unter Mário Soares eine neue Phase der demokratischen Entwicklung Portugals.³⁴

Der parteilose Ramalho Eanes setzte sich bei den verfassungsmäßig vorgesehenen Direktwahlen im Juni 1976 mit großem Vorsprung gegen seine militärischen Konkurrenten (unter anderen Otelo Saraiva de Carvalho) durch. Er war einer jener Militärs, die während der Radikalisierung von 1975 in den Hintergrund getreten waren. Bekannt wurde er in Portugal erst durch die Ereignisse am 25. November, bei denen er die siegreiche Spezialeinheit befehligte. Im Rahmen der raschen Entpolitisierung und Rehierarchisierung der Streitkräfte wurde Eanes zum General befördert und zum Chef des Obersten Generalstabs ernannt.³⁵ Nach seiner Wahl war Eanes mit großen Machtbefugnissen ausgestattet. Als Staatspräsident, Oberbefehlshaber der Streitkräfte, Chef des Obersten Generalstabs und Oberhaupt des Revolutionsrates vereinte er mehrere wichtige Ämter in seiner Person.

Im April 1976 trat nach einjähriger Arbeit der Verfassunggebenden Versammlung, die die neue portugiesische Verfassung in Kraft, in der trotz der zwischenzeitlich erfolgten Schwächung der linken politischen Kräfte noch ein stark linksrevolutionärer Tenor zu erkennen war. Während sie mit der Einrichtung eines semipräsidentiellen Parlamentarismus einen ersten Rahmen für die weitere Demokratisierung schuf, blieb die Verfassung wegen ihrer marxistischen Rhetorik in den folgenden Jahren sehr umstritten. Vor allem jene Artikel, welche die Agrarfrage, die Nationalisierungen und die Arbeiterrechte sowie die vormundschaftliche Stellung des militärischen Revolutionsrats gegenüber dem Parlament betrafen, wurden von den erstarkenden liberalen und konservativen Kräften angegriffen, was schließlich 1982 und 1989 zu zwei Verfassungsrevisionen führen sollte, bei denen die Handschrift der linken Parteien zunehmend eliminiert wurde.

Die Sozialisten unter Mário Soares wurden von Präsident Eanes mit der Bildung der ersten konstitutionellen Regierung beauftragt, obwohl die ersten Parlaments-

³⁴ Zu den verschiedenen Phasen der demokratischen Konsolidierung von 1975 bis in die neunziger Jahre vgl. ausführlich Nataf (1995: 54-79) und Reis (1994: 74-89).

³⁵ Zum Wandel innerhalb der Streitkräfte von 1974 bis in die neunziger Jahre vgl. Carrilho (1992: 23-41).

wahlen im neuen Portugal im April 1976 keine eindeutigen Mehrheitsverhältnisse ergeben hatten. Eine Minderheitsregierung unter Soares wurde notwendig, da sich der PS mit keinem potentiellen Koalitionspartner hatte einigen können. Die unüberbrückbaren Differenzen zwischen den portugiesischen Kommunisten und Sozialisten blieben auch nach der revolutionären Periode bestehen. Im Kampf gegen die Diktatur und aus Sorge einer Rückkehr der Rechten nach 1975 übten diese Parteien kurzfristige Schulterschlüsse, ohne jemals eine positive Basis gemeinsamer Regierungspolitik zu erreichen. Mit der Regierung Soares begann eine erste Phase «nachrevolutionärer» Regierungen, die durch große Instabilität gekennzeichnet war, und in der die Politik von den starken Konflikten zwischen Präsident Eanes und den Parteiführern von PS und PPD, Mário Soares und Sá Carneiro, bestimmt wurde.³⁶ In dieser Phase hatte zunächst der PS die undankbare Aufgabe, in einem stark ideologisierten politischen Klima die von der Diktatur und vom revolutionären Prozeß geerbten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Probleme zu überwinden. Die bürgerlichen Parteien, vor allem der PS, verfolgten nun ein doppeltes Ziel: einerseits die Überwindung der rechtsautoritären Tradition des *Estado Novo*, andererseits die Verhinderung einer erneuten linksautoritären Bedrohung. Ein Grund für die große Popularität Mário Soares' war die Tatsache, daß er sich sowohl auf seine Opposition gegenüber dem *Estado Novo* vor der Revolution als auch gegenüber den Kommunisten nach der Revolution berufen konnte (Maxwell 1995: 160-161).

Auseinandersetzungen wegen der herrschenden Finanz- und Wirtschaftskrise und um ein Agrarreformgesetz, die Forderung der Opposition nach Vorziehung der Verfassungsrevision und der Streit um das politische Gewicht des Präsidenten prägten die Zeit der ersten Regierung Soares. Wichtige Diskussionsobjekte waren die vom Internationalen Währungsfond gestellten Bedingungen zur Erteilung eines benötigten Kredits und der portugiesischen Antrag zur Mitgliedschaft in der EG, der gegen die Stimmen der Kommunisten beschlossen und noch 1977 vom Ministerrat der EG angenommen wurde, womit der Weg für Beitrittsverhandlungen frei war.

Nach 17 Regierungsmonaten traten die Sozialisten von der Regierung zurück. Für die neue Regierungsbildung stellte Präsident Eanes die Bedingung einer stabilen Mehrheit. Überraschenderweise fand der PS den notwendigen Koalitionspartner im CDS, der konservativsten der vier großen Parteien, und konnte sich so gegen seinen Hauptrivalen, den von Sá Carneiro geführten PPD, der sich ab 1977 Sozialdemokratische Partei (*Partido social-democrata* → PSD) nannte, behaupten.

An der Frage der Agrarreform, bei der die Ansprüche der enteigneten Großgrundbesitzer den entstandenen Agrarkooperativen gegenüberstanden, zerbrach die

³⁶ Zu den ersten zehn Jahren der demokratischen Konsolidierung vgl. Maxwell (1995: 160-179).

Koalition nach einem halben Jahr. General Eanes nutzte die Gelegenheit, den präsidentiellen Einfluß weiter zu verstärken. Anstatt Neuwahlen zu veranlassen oder einer neuen Koalition den Regierungsauftrag zu erteilen, stellte er kraft seiner verfassungsmäßigen Befugnisse selbst die drei folgenden Regierungen zusammen, die zum großen Teil aus unabhängigen Politikern und Fachleuten bestanden. Die politisch unterschiedlich ausgerichteten Regierungen unter Nobre da Costa, Mota Pinto und Lourdes Pintasilgo waren jedoch allesamt kurzlebig. Ihnen schlug im Parlament mehrmals die Ablehnung einer oder mehrerer der großen Parteien entgegen, die durch Annäherung oder Abgrenzung gegenüber Präsident Eanes versuchten, neue Machtblöcke zu bilden. Diese politische Instabilität veranlaßte Eanes, der zwischenzeitlich mit dem Projekt, eine eigene Partei zu gründen, scheiterte, 1979 das Parlament aufzulösen. Die Neuwahlen ergaben eine absolut Mehrheit für die sogenannte Demokratische Allianz, einer von Sá Carneiro angeführten Koalition dreier Parteien rechts vom PS, die nun aus ihrer marginalen Situation herausgetreten waren und sich als antimarxistische Alternative definierten. Erstmals waren diese Parteien auch im Gewerkschaftssektor vertreten, nachdem 1978 ein antikommunistischer Gewerkschaftsbund (UGT) gegründet wurde. Die Demokratische Allianz eröffnete eine zweite Phase der nachrevolutionären Entwicklung in Portugal. Sie stellte die Regierungen zwischen 1980 und 1983.

Das Hauptaugenmerk aller politischen Kräfte richtete sich am Anfang dieser Phase auf die Ende 1980 kurz nacheinander stattfindenden Parlaments- und Präsidentschaftswahlen. Dem Projekt der Demokratischen Allianz, die absolute Mehrheit zu verteidigen und einem eigenen Präsidentschaftskandidaten zum Sieg zu verhelfen, um dann das lange von Sá Carneiro verfolgte Ziel einer frontalen Attacke auf die Verfassung mit Hilfe eines Referendums zu erreichen, stellte sich der PS entgegen, indem er, trotz der anhaltenden schweren Konflikte zwischen Soares und Eanes, eine taktische Allianz mit dem Präsidenten einging.

Zwar konnte die Demokratische Allianz 1980 die zweite absolute Mehrheit erringen, sie mußte jedoch wenige Wochen später den Tod Sá Carneiros verkraften, der bei einem Flugzeugabsturz ums Leben kam. Trotz lange anhaltender Spekulationen konnten mehrere eingesetzte Untersuchungsausschüsse keine Beweise für ein Attentat zu Tage fördern.³⁷ Drei Tage nach dem Unglück fanden die Präsidentschaftswahlen statt, bei denen der Kandidat der Demokratischen Allianz, General Soares Carneiro, scheiterte und Eanes für eine zweite Amtszeit gewählt wurde.

In die Regierungszeit Pinto Balsemãos, des Nachfolgers Sá Carneiros an der Spitze des PSD, fiel 1982 die vorgesehene erste Verfassungsrevision, die nun auch

³⁷ 1995 warf ein weiterer Untersuchungsausschuß anhand neuer Indizien die Frage nach einem möglichen Mordanschlag wieder auf.

vom PS als prioritäres politisches Ziel bezeichnet wurde. PS und PSD konnten sich darauf einigen, substantielle Veränderungen der Verfassung vorzunehmen. Der noch bestehende militärische Revolutionsrat wurde wie vorgesehen aufgelöst und damit das Militär der Politik untergeordnet. Stark ideologisch-programmatische Passagen, die der Verfassung den Charakter einer provisorischen Ordnung auf dem Weg zu einer sozialistischen Gesellschaft verliehen hatten, wurden gestrichen. Außerdem einigten sich die Parteien darauf, das politische Gewicht des Präsidenten zugunsten des Parlamentes zu schwächen.

Aufgrund der ungelösten Wirtschaftskrise trat Pinto Balsemão Ende 1982 von den Posten des Parteichefs und Premierministers zurück. Präsident Eanes löste daraufhin ein weiteres Mal das Parlament auf. Damit endete die Phase der Regierungen der Demokratischen Allianz. Aus den im April 1983 abgehaltenen Wahlen ging der PS mit einer einfachen Mehrheit hervor und konnte mit Mário Soares wieder den Premierminister stellen. Dieser hatte sich in internen Auseinandersetzungen an der Spitze des PS behaupten können und damit die linke Fraktion innerhalb des PS weiter geschwächt. Seit 1974 war die Frage nach dem Selbstverständnis der Partei zwischen dem Marxismus der ersten Parteistatuten und der Sozialdemokratie der europäischen Schwesterparteien eine Konstante der inneren Flügelkämpfe des PS.

Der PS bildete eine Koalitionsregierung mit dem nun von Mota Pinto geführten PSD, die als «Zentraler Block» bezeichnet wurde, um die ins Auge gefaßte Austeritätspolitik und ein weiteres Abkommen mit dem Internationalen Währungsfond auf eine stärkere parlamentarische Basis zu stellen. Angesichts der wachsenden öffentlichen Ablehnung, die der Regierung aufgrund eines harten Sparprogramms entgegenschlug, setzte sich innerhalb des PSD unter der Führung des neugewählten Parteichefs, Aníbal Cavaco Silva, eine konservativ-liberale Fraktion durch, die auf Konfrontationskurs mit dem Koalitionspartner ging und ihm die Unterstützung entzog. Der «Zentrale Block» zerbrach im Juni 1985, einen Tag nach der feierlichen Unterzeichnung des EG-Beitrittsabkommens, mit der die acht Jahre lang geführten Verhandlungen abgeschlossen wurden.

Präsident Eanes nutzte die Situation, um gegenüber Soares, der versucht hatte, ihn ins politische Abseits zu drängen, die Initiative zurückzuerlangen, und verhinderte durch die Ansetzung von Neuwahlen wie schon 1978 eine Minderheitsregierung des PS. Bei den im Oktober 1985 abgehaltenen Wahlen konkurrierte erstmals die im Umfeld von Eanes gegründete Demokratische Erneuerungspartei (*Partido Renovador Democrático* — PRD). Sie stützte sich hauptsächlich auf die Person des Präsidenten und vertrat ein vages mitte-links Programm. Der PS erlitt vor allem durch massive Abwanderung von Wählern an diese Partei erhebliche Stimmenverluste. Als stärkste Partei stellte der PSD, toleriert von den PRD-Abgeordneten, mit Cavaco Silva, dem

ehemaligen Wirtschaftsminister der Regierung Sá Carneiro, den neuen Premierminister. Während dieser ersten Amtszeit Cavaco Silvas begann sich die portugiesische Finanz- und Wirtschaftslage in Aussicht auf die vertraglich zugesicherten EG-Zuwendungen zu entspannen.

Der nun zurückgedrängte PS sah die Chance einer erneuten Machtbeteiligung in den Präsidentschaftswahlen von 1986. Gegen den Kandidaten von PSD und CDS, den ehemaligen CDS-Parteichef Freitas do Amaral, traten Mário Soares und zwei weitere von der Linken unterstützte Konkurrenten an. Obwohl Soares nur knapp einen zweiten Wahldurchgang erreichte, konnte er diesen mit hauchdünner Mehrheit für sich entscheiden, weil nun alle Parteien links vom PSD Soares gegen den Konservativen Freitas do Amaral geschlossen unterstützten.

Mit Mário Soares bekleidete zum ersten Mal seit 1926 ein Zivillist das Amt des portugiesischen Staatsoberhauptes. Ihm stand ab 1987 eine stabile PSD-Regierung gegenüber. Cavaco Silva wurde zwar Anfang 1987 durch ein Mißtrauensvotum gestürzt, bei den von Präsident Soares angesetzten Neuwahlen erreichte er jedoch eine sensationelle absolute Mehrheit und blieb somit Regierungschef, während der PRD und der CDS in die Bedeutungslosigkeit abrutschten und der PS sich mit der Position der stärksten Oppositionspartei begnügen mußte. Die demokratische Entwicklung Portugals trat damit in eine neue Phase, nachdem die ersten zehn Jahre konstitutioneller Regierungen von häufigen Richtungs- und Parteiwechseln und der Intervention des Präsidenten geprägt waren. Die zweite Regierung unter Cavaco Silva war die erste konstitutionelle Regierung nach 1975, die mit absoluter Mehrheit eine volle Legislaturperiode von vier Jahren überstand.

Vor dem Hintergrund hoher EG-Finanzhilfen begann unter Cavaco Silva eine neoliberale Strukturanpassung. Das Privatisierungs- und Modernisierungsprogramm bescherte Portugal einen deutlichen Wirtschaftsaufschwung und eine stark verbesserte Infrastruktur, ohne jedoch für mehr soziale Gerechtigkeit zu sorgen. Vom neuen Wohlstand profitierten hauptsächlich Regionen in Küstennähe, der Rückstand des Hinterlands blieb weitgehend bestehen. Die zweite Verfassungsrevision von 1989, bei der die letzten Spuren eines kollektivistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodells getilgt wurden, schuf die Voraussetzung für das weitreichende Privatisierungsprogramm.

Trotz Skandalen um Fehlinvestitionen von EG-Geldern und dem Widerstand der Gewerkschaften und Oppositionsparteien gegen den liberalen Wirtschaftskurs erreichte Cavaco Silva 1991 zum zweiten Mal eine absolute Mehrheit, obgleich der PSD noch bei den Kommunalwahlen Ende 1989 eine Wahlschlappe hatte hinnehmen müssen. Die neue Dynamik in der Wirtschaft, die sich am deutlichsten in einem Bauboom zeigte, die erfolgreiche Vermittlung im blutigen Bürgerkrieg in Angola

sowie der Wechsel zu einem weniger autoritären Regierungsstil brachten den eher farblos wirkenden Premierminister 1991 auf den Höhepunkt seiner Popularität. Durch den Wahlsieg sicherte Cavaco Silva dem PSD eine Regierungszeit von insgesamt zehn Jahren, die unter der Bezeichnung «Cavaquismo» einen wichtigen Abschnitt der nachrevolutionären Entwicklung Portugals ausmachte. Zur politischen Stabilität trug auch die Amtsführung des Präsidenten Soares bei, der 1991 ebenfalls wiedergewählt wurde. Soares vermochte es stärker als sein Vorgänger Eanes, als überparteiliche Instanz integrativ zu wirken. Dennoch war diese portugiesische Variante einer «Kohabitation» zwischen Präsident und Premierminister verschiedener Parteizugehörigkeit nicht frei von Konflikten. Vor allem ab 1991 nahm Soares in einzelnen Punkten eine aktive Gegenposition zur langjährigen absoluten Parlamentsmehrheit des PSD ein.

Der PS vollzog nach dem enttäuschenden Ergebnis bei den Parlamentswahlen von 1991 mit der Wahl des praktizierenden Katholiken António Guterres zum neuen Parteiführer eine klare Hinwendung zu den Wählern der politischen Mitte. In der Kommunistischen Partei hingegen verschärfte sich die Krise, weil der PCP nicht in der Lage war, sich ideologisch zu erneuern. Vor dem Hintergrund des Zusammenbruchs der Sowjetunion erhielt der immer noch stalinistisch geprägte PCP 1991 weniger als 10 % der Stimmen, was gegenüber den seit 1976 stabilen Wahlergebnissen um die 15 % erstmalig einen deutlichen Rückgang bedeutete. Die Kritik Cunhals an der *Perestroika* führte ab 1991 zu einer Zunahme von Parteiaustritten und -ausschlüssen. Zwar regiert der PCP — vor allem im südportugiesischen Alentejo und im Raum Lissabon — heute noch in vielen Rathäusern Portugals. Auf nationaler Ebene aber scheint trotz der weniger orthodoxen Haltung jüngerer Funktionäre eine Regierungsbeteiligung unwahrscheinlicher denn je. Die herausragende Persönlichkeit des PCP ist nach wie vor Álvaro Cunhal, der für sein jahrzehntelanges politisches Engagement gegen den *Estado Novo* selbst von überzeugten Antikommunisten respektiert wird.

Zur lautesten antieuropäischen Stimme im rechten Lager entwickelte sich der CDS nach dem Wahlergebnis von 1991, das mit ca. 4 % das schlechteste seit 1976 war. Unter seinem neuen Vorsitzenden Manuel Monteiro benannte sich der CDS in Volkspartei (*Partido Popular* — PP) um und schwenkte auf eine entschieden rechte und populistische Linie ein, woraufhin die Partei aus dem Zusammenschluß der europäischen Christdemokraten ausgeschlossen wurde.

Die öffentliche Zustimmung zum «Cavaquismo» nahm während der dritten PSD-Regierung deutlich ab. Nach Jahren des Aufschwungs geriet die Wirtschaft im Zuge der gesamteuropäischen Rezession in die Krise. Damit fehlte der Regierung das Argument des wirtschaftlichen Erfolgs, um die Kritik der Opposition sowie eine

Reihe von Korruptionsskandalen abwehren zu können. Vor allem die Vorwürfe, nach zehn Jahren an der Macht hätten sich ein arroganter Regierungsstil und eine politische Vetternwirtschaft verbreitet, wogen schwer. Zusätzlich ließ die Diversifizierung der Medienlandschaft am Anfang der neunziger Jahre durch Neugründungen in Presse und Radio sowie durch die Entstehung privater Fernsehsender einen kritischeren Journalismus entstehen, der zur Aufdeckung der Mißstände beitrug. Cavaco Silva verzichtete 1995 darauf, erneut als Spitzenkandidat des PSD in den Wahlkampf zu gehen.

Unter ihrem neuen Parteichef Guterres vermochten es die Sozialisten, den herrschenden Unmut für sich zu nutzen. Mit einem pragmatischen Wirtschafts- und Sozialdiskurs erlangten sie bei den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen von 1995 bzw. 1996 zwei überraschend klare Wahlsiege. Mit António Guterres und Jorge Sampaio gehören heute erstmals Premierminister und Präsident derselben Partei an. Mit dem Rückzug von Mário Soares aus der Politik — nach seiner zweiten Amtszeit als Präsident — endete die politische Ära der Hauptprotagonisten des bewegten Übergangs von der autoritären Diktatur zur parlamentarischen Demokratie.³⁸

Der PS verpaßte bei der Parlamentswahl von 1995 nur knapp die absolute Mehrheit und regiert heute mit wechselnden Mehrheiten. Für die seit 1976 vorangegangenen PS-Regierungen galt zumeist, «zur falschen Zeit am falschen Ort» gewesen zu sein (Nataf 1995: 97). Aus der Sicht der Sozialisten stellt es sich so dar, daß der PSD zweimal die wirtschaftlichen Früchte der von PS-Regierungen eingeleiteten Austeritätspolitik und den Höhepunkt der EG-Finanzhilfen ernten konnte, so daß viele Portugiesen wirtschaftlichen Aufschwung ausschließlich mit dem PSD assoziieren. Mit dem heute verfolgten Stabilitätsprogramm versucht der PS, ebenfalls als wirtschaftlich erfolgreiche Partei zu bestehen.

Zu den Hauptaufgaben der Regierung Guterres gehört die Beseitigung der immer noch herrschenden Mißstände in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Sozialleistungen und das umstrittene Projekt der Föderalisierung des zentral organisierten Portugal durch Schaffung administrativer «Regionen». Die EU-Politik erfuhr mit dem Regierungswechsel von 1995 keine wesentliche Veränderung. In Europafragen hatten PS und PSD schon seit langem praktisch identische Positionen. Weitere Bereiche der außenpolitischen Kontinuität sind die verstärkte Annäherung an Brasilien und an die

³⁸ Symbolträchtig schlug Soares als letzte politische Initiative im Präsidentenamt dem Parlament die Amnestierung Otelo Saraiva de Carvalhos zu. Der Hauptstrategie des Staatsstreichs von 1974 war nach seinem Fall in die politische Bedeutungslosigkeit als Mitverantwortlicher für die Anschläge einer links-terroristischen Vereinigung in den achtziger Jahren schuldig gesprochen worden. Er ist seit Jahren vorläufig auf freiem Fuß, ein endgültiges Urteil im langwierigen und sehr verworrenen Prozeß steht bis heute aus.

ehemaligen afrikanischen Kolonien³⁹ sowie das Eintreten für die Unabhängigkeit des von Indonesien besetzten Ost-Timor.

Insgesamt hat die Konsolidierungsphase der portugiesischen Demokratie seit 1976 trotz ideologischer Widersprüche und der Rivalität zwischen Präsident, Parteien und Militär wenig gewalttätige Konflikte hervorgerufen, wodurch eine Weiterentwicklung des Systems ermöglicht wurde. Die portugiesischen Wähler ließen dabei zu keinem Zeitpunkt die ausschließliche Hegemonie einer politischen Kraft zu. Die sozialen Forderungen der aus dem revolutionären Prozeß geborenen Verfassung von 1976 wurden zwar empfindlich beschnitten, die demokratischen Ideale des Staatsstreichs vom 25. April 1974 standen jedoch niemals zur Disposition.

Die portugiesische Demokratie, durch einen unblutigen Staatsstreich errichtet und durch einen turbulenten revolutionären Prozeß geprüft, kann nach dem Regierungswechsel von 1995 endgültig als konsolidiert betrachtet werden. Erstmals fand ein Regierungswechsel nach Beendigung einer vollen Legislaturperiode statt. Bei dieser Wahl gab eine Generation zum ersten Mal ihre Stimme ab, die bereits unter den neuen Verhältnissen geboren wurde. Die Ereignisse des bewegten Übergangs zur Demokratie, die die Generation ihrer Eltern bis heute prägen, sind für sie bereits Geschichte.

Bibliographie

- Almeida, Diniz de (1977): *Origem e evolução do Movimento de Capitães*, Lissabon: Ed. Sociais.
- Avillez, Maria-João (1994): *Do fundo da revolução*, Lissabon: Edições Público.
- Avillez, Maria João / Soares, Mário (1996): *Soares: ditadura e revolução*, Lisboa: Público.
- Bornhorst, Fabian (1997): «Die Wirtschaft Portugals im Überblick: Grundlagen, Daten, Zusammenhänge, Perspektiven», in: Briesemeister / Schönberger (1997: 15-94).
- Briesemeister, Dietrich / Schönberger, Axel (Hrsg.) (1997): *Portugal heute: Politik — Wirtschaft — Kultur*, Frankfurt am Main: Vervuert.

³⁹ Im Juli 1996 wurde in Lissabon die «Gemeinschaft der Länder der portugiesischen Sprache» gegründet, der neben Portugal Brasilien, Angola, Mosambik, Guinea-Bissau, Kap Verde sowie São Tomé und Príncipe angehören. Hauptziele der Gemeinschaft sind die Bewahrung der portugiesischen Sprache sowie die Erneuerung und Vertiefung der kulturellen und wirtschaftlichen Beziehungen; vgl. hierzu Große (1996 und 1997).

- Carrilho, Maria (1992): «Democracy and the Armed Forces in Portugal: From Revolution to Routine», in: Herr, Richard (Hrsg.): *The New Portugal: Democracy and Europe*, Berkeley: University of California at Berkeley (Research Series; 86), S. 23-41.
- Carvalho, Otelo Saraiva de (1977): *Alvorada em Abril*, Lissabon: Bertrand.
- Correia, Pedro Pizarat (1994): *Questionar Abril*, Lissabon: Caminho.
- Eisfeld, Rainer (1984): *Sozialistischer Pluralismus in Europa: Ansätze und Scheitern am Beispiel Portugals*, Köln: Verlag Wissenschaft und Politik.
- Ferreira, José Medeiros (1990): *Ensaio histórico sobre a Revolução do 25 de Abril*, Lissabon: Publicações Alfa.
- Ferreira, José Medeiros (1994): «Portugal em transe (1974-1985)», in: Mattoso, José (Hrsg.): *História de Portugal*, Band VIII, Lissabon: Círculo de Leitores.
- Gallagher, Tom (1983): *Portugal: A Twentieth-Century Interpretation*, Manchester: Manchester University Press.
- Große, Sybille (1996): «Konsolidierung einer portugiesischsprachigen Gemeinschaft? *Unidade und Diversidade* im Rahmen der *Comunidade dos Países de Língua Portuguesa*», in: *Lusorama* 31 (Oktober 1996), S. 5-18.
- Große, Sybille (1997): «Die Gemeinschaft der Länder portugiesischer Sprache (CPLP)», in: Briesemeister / Schönberger (1997: 471-483).
- Mattoso, José (Hrsg.) (1994): *História de Portugal*, 8 Bände, Lissabon: Círculo de Leitores.
- Maxwell, Kenneth (1995): *The Making of Portuguese Democracy*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Medina, João (Hrsg.) (1990): *História contemporânea de Portugal: das invasões francesas aos nossos dias*, Band 4, Sacavém: Multilar.
- Nataf, Daniel (1995): *Democratization and Social Settlements: the Politics of Change in Contemporary Portugal*, Albany: State University of New York Press.
- Reis, António (Hrsg.) (1992): *Portugal contemporâneo*, Band VI, Lissabon: Publicações Alfa.
- Reis, António (Hrsg.) (1994): *Portugal: 20 anos de democracia*, Lissabon: Círculo de Leitores.
- Rosas, Fernando (1994): «O Estado Novo (1926-1974)», in: Mattoso, José (Hrsg.): *História de Portugal*, Band VII, Lissabon: Círculo de Leitores.
- Sánchez Cervelló, Josep (1993): *A Revolução Portuguesa e a sua influência na transição espanhola (1961-1976)*, Lissabon: Assirio & Alvim.
- Schönberger, Axel (1997a): «Die portugiesische Geschichte von den Anfängen bis zur Nelkenrevolution im Abriß», in: Briesemeister / Schönberger (1997: 119-158).

Schönberger, Axel (1997b): «Portugals Übergang zur Rechtsstaatlichkeit: Entstehung und Entwicklung der Verfassung der Republik», in: Briesemeister / Schönberger (1997: 187-211).

Spínola, António de (1974): *Portugal e o Futuro*, Lissabon: Arcádia.

Wiarda, Howard (1989): *The Transition to Democracy in Spain and Portugal*, Lanham (Md.): American Enterprise Institute.

Zimmerer, Jürgen (1996): «Die Nelkenrevolution und die deutsche Öffentlichkeit: Überlegungen zur Rezeption der portugiesischen Revolution in den deutschen Printmedien», in: *Runa* 26, S. 573-578.

Regierungen und Amtsinhaber 1974-1995

Regierungen				Amtsinhaber	
Beginn	Ende	Monate	Haupt-Parteienbasis	Premierminister	Staatspräsident
Provisorische Regierungen					
Mai 1974	Juli 1974	2	PS, PCP, MDP/CDE, PPD	Palma Carlos	Spínola
Juli 1974	Sept. 1974	2		Vasco Gonçalves	
Okt. 1974	März 1975	5			
März 1975	August 1975	5			
August 1975	Sept. 1975	1			
Sept. 1975	Juli 1976	10		Pinheiro de Azevedo	Costa Gomes
Konstitutionelle Regierungen					
Juli 1976	Dez. 1977	17	PS	Mário Soares	Ramalho Eanes
Januar 1978	Juli 1978	7	PS/CDS		
August 1978	Sept. 1978	1	«Iniciativa Presidencial»	Nobre da Costa	
Okt. 1978	Juli 1979	9		Mota Pinto	
August 1979	Dez. 1980	4		Lourdes Pintasilgo	
Januar 1980	Dez. 1980	12	Aliança Democrática (PSD/CDS)	Sá Carneiro	
Januar 1981	August 1981	8		Pinto Balsemão	
Sept. 1981	Dez. 1982	15			
Juni 1983	Juni 1985	25	PS/PSD	Mário Soares	
Okt. 1985	Juli 1987	22	PSD	Cavaco Silva	
August 1987	Okt. 1991	49			
Nov. 1991	Okt. 1995	47			
Nov. 1995	[1999?]	[?]	PS	António Guterres	Jorge Sampaio

Quelle: eigene Zusammenstellung